

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:
 Abonnementspreis: halbjährlich 3.00 RM, monatlich 1.00 RM, wöchentlich 30 Pf. frei ins Haus.
 Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntagsnummer mit illustrierter Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ 10 Pf.
 Postabonnements: 1.00 RM pro Monat. Eingetragene in die Post-Zeitungs-Verzeichnisse. Unter Kreuzband für Deutschland und Österreich-Ungarn 2.50 RM, für das übrige Ausland 4 RM pro Monat. Postabonnements nehmen an Belgien, Dänemark, Holland, Italien, Luxemburg, Portugal, Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Gründet 1894.

Die Insertions-Gebühren
 beträgt für die sechsstelligen Kolonialzeile oder deren Raum 60 Pf. für politische und gesellschaftliche Besprechungen und Berichterstattungen 30 Pf. „Kleine Anzeigen“, das ist gedruckte Wort 20 Pf., (unlesbar 25 Pf. gedruckte Worte), jedes weitere Wort 10 Pf. Stellenanzeigen und Geschäftsanzeigen das erste Wort 10 Pf., jedes weitere Wort 5 Pf. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

Redaktion: SW. 68, Lindenstraße 3. Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 151 90-151 97.

Freitag, den 21. April 1916.

Expedition: SW. 68, Lindenstraße 3. Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 151 90-151 97.

Keine Bewilligungswut!

Von Ed. Bernstein.

Es ist ein alter Grundsatz verfassungsmäßigen Lebens, daß die Vollvertretung der Regierung keine Mittel über den Betrag hinaus zu bewilligen hat, den diese auf Grund der Berechnung der Einnahmen und Ausgaben des Staatshaushaltes als notwendig für dessen Ausgleich nachweist und verlangt. Jedes Abweichen von dieser Regel wirkt als Ermunterung zu ungesunder Finanzwirtschaft.

Dieser Grundsatz gilt schon bei den Parteien, die den Regierungen gewohnheitsmäßig die Regierungsmittel bewilligen. Er verschärft sich daher für eine Partei, die diese Mittel grundsätzlich verweigert und Steuern nur dann bewilligt, wenn sie durch Ablehnung direkter Steuern die Einführung neuer oder Erhöhung bestehender indirekter, den Verbrauch oder den Verkehr belastender Steuern fördern würde.

Die Reichsregierung hat für den Ausgleich des Reichshaushalts für das Geschäftsjahr 1916/17 eine Mehrerinnahme von 480 Millionen Mark als benötigt erklärt und beantragt, zu deren Deckung eine Reihe von indirekten Steuern zu bewilligen. Es verstand sich von selbst, daß die sozialdemokratischen Abgeordneten diese Steuern verwarfen und beantragten, den Fehlbetrag im Reichshaushalt durch direkte, Besitz und Einkommen treffende Steuern zu decken. Darüber ist denn auch keinen Augenblick unter den Abgeordneten Meinungsverschiedenheit entstanden. Verschiedener Meinung konnte man schon darüber sein, ob es Aufgabe der Sozialdemokratie sei, dem Reichstag fertige Steuerentwürfe als Geschenkstücke zu unterbreiten. Inzwischen wurden hiergegen nur vereinzelte Stimmen laut. Noch vor der Fraktionspaltung ausgebreitete Gegenentwürfe, die eine höhere Kriegsgewinnsteuer, eine Erhöhung der Erbschaftsteuer und erneute Erhebung eines Wehrbeitrags forderten, wurden von der ungeteilten Fraktion fast einstimmig grundsätzlich gutgeheißen.

Im Reichstag wurde nun das eigentümliche Verfahren hellet, daß die Kriegsgewinnsteuer in der Budgetkommission, die indirekten Steuern in einer besonderen Steuerkommission beraten wurden, die in einem anderen Sitzungszimmer als jene tagte. Und da die der sozialdemokratischen Fraktion zugehörigen Mitglieder der Budgetkommission alle ihre Gegenentwürfe in die Vorlage über die Kriegsgewinnsteuer als Änderungs- oder Ergänzungsanträge hineinbrachten, ergab sich die Unzuträglichkeit, daß über Steuern, die dem gleichen finanziellen Zweck — Deckung des Mehrbedarfs für 1916/17 — dienen sollten, von zwei verschiedenen Kommissionen entschieden wurde, so daß zeitweilig keine von beiden ein klares Bild darüber hatte, wie viel Geld denn eigentlich noch zu beschaffen war. So hat z. B. an ein und demselben Vormittag die Steuerkommission der schon von ihr beschlossenen Erhöhung der Postgebühren und der Frachtturkendensteuer auch noch anstelle der Quittungsteuer eine Umsatzsteuer beschlossen, die etliche hundert Millionen Mark bringen soll, und die Budgetkommission ihrerseits eine Erhöhung der Kriegsgewinnsteuer um durchschnittlich 25 Proz. über die von der Regierung beantragten Sätze hinaus vorgenommen. Da die Kriegsgewinne sich auf verschiedene Milliarden belaufen, muß die Steuer, wenn bei der Einschätzung nur einigermaßen sorgfältig und feingemäß verfahren wird, gut eine halbe Milliarde erbringen.

Die Budgetkommission hatte nun noch über die Anträge der sozialdemokratischen Fraktion zu beschließen, die Ausdehnung und Erhöhung der Erbschaftsteuer sowie die abermalige Erhebung eines Wehrbeitrages in Höhe von einem Drittel des 1913 beschlossenen Betrages forderten. Von ihnen war der Antrag zugunsten der Erbschaftsteuer aussichtslos, er hatte sämtliche bürgerliche Parteien gegen sich. Dagegen lag zugunsten eines erneuten Wehrbeitrages auch ein Antrag der Fortschrittler vor, dessen Annahme möglich erschien und ja auch erfolgt ist. Sein Ertrag ist auf über 300 Millionen Mark zu berechnen.

Kann es aber Aufgabe der sozialdemokratischen Vertreter sein, der Regierung Steuern weit über deren erklärten Bedarf hinausgewissermaßen zu apportieren? Sowohl die oben erwähnten allgemeinen Regeln parlamentarischen Verfahrens als auch die Grundsätze sozialdemokratischer Steuerpolitik, wie sie in den Beschlüssen der Parteitage der Sozialdemokratie niedergelegt sind, sprechen dagegen. Wenn daher die Stampfersche Korrespondenz, wie ich aus einem Parteiblatt ersehe, über mein Verhalten bei der Beratung des Erbschaftsteuer betreffenden Antrags sich aufregt, so zeigt sie damit nur, daß sie über Art und Absicht dieses Verhaltens sehr schlecht unterrichtet ist.

Zunächst ist es unklar, daß ich „gegen die Wirtschaftssteuer“ gestimmt hätte. Zu einer Gegenabstimmung über sie ist es überhaupt nicht gekommen. Nach den erfolgten Erklärungen der Vertreter der bürgerlichen Parteien hatte die Abstimmung über den Antrag der sozialdemokratischen Fraktion nur noch den Wert einer akademischen Rundgebung, und darum nahm ich Veranlassung, bei dieser Gelegenheit zu erklären, daß ich

8. den Antrag für sehr gut ausgearbeitet anerkenne; 4. ich aber zurzeit nicht für ihn stimmen könne, weil ich es für ein ungehöriges Verfahren halte, der Regierung Steuern über die von ihr verlangte Höhe hinaus zu bewilligen und mir beziehungsweise meiner Fraktion die endgültige Abstimmung noch vorbehalten müsse.

Im letzten Satz lag schon einbegriffen, daß die endgültige Abstimmung für mich bestimmt sein werde durch das schließliche Schicksal der in der anderen Kommission zur Entscheidung stehenden indirekten Steuern. So will es insbesondere der Beschluß des Parteitagess von Jena 1913, des letzten Parteitagess, den die Sozialdemokratie vor Kriegsbeginn abgehalten hat, über die Steuerpolitik der Sozialdemokratie.

Man könnte nun fragen, warum ich im Angesicht meiner Erklärung und jener Beschlüsse trotzdem in der späteren Abstimmung über den Wehrbeitrag für diesen gesprochen und gestimmt habe.

Die Sache ist sehr einfach. Diese Abstimmung war keine bloß akademische Rundgebung. Bei ihr konnte es auf eine Stimme ankommen, ob der Antrag stand oder fiel. Nun hatte aber der Redner der Konservativen, Graf Westarp, in der Debatte erklärt, er und seine Freunde würden ihre endgültige Stellungnahme zur Umsatzsteuer von der Abstimmung über den Wehrbeitrag abhängig machen. Gegen den Wehrbeitrag stimmten hieß also jetzt, den Konservativen die Bahn ebnen für die Annahme der Umsatzsteuer, über deren Verwerflichkeit unter Sozialdemokraten kein Meinungsstreit besteht. Und daher entsprach es unter diesen Umständen den Parteitagebeschlüssen, für den Wehrbeitrag zu stimmen, der nach Einkommen und Vermögen berechnet wird.

Schließlich kann noch gesagt werden, die gegenwärtige Steuerforderung der Reichsregierung stehe in gar keinem Verhältnis zu dem Steuerbedarf des Reichs, der sich schon in den nächsten Jahren herausstellen werde. Das Jaubern der Regierung, mit Steuerentwürfen zu kommen, die diesem Bedarf gerecht werden, sei der verwerfliche Opportunismus, da infolge des Wartens mit der Erschließung notwendig werdender Steuerquellen das Reich sich zum Vorteil Privater große Summen entgehen lasse, welche die Allgemeinheit brauche. Und dagegen müßten die sozialdemokratischen Vertreter sich auflehnen.

Soweit vollkommen einverstanden. Der grundsätz- und systemlosen Steuerpolitik der Reichsregierung hat die Vertretung der Sozialdemokratie die schärfste Kritik entgegen zu setzen. Sie muß von der Regierung fordern, daß sie rechtzeitig und mit einem einheitlichen Steuerprogramm vor das Volk und dessen Vertretung tritt. Das ist aber ganz etwas anderes als der systemlos vorgehenden Regierung auf dem Präsentierteller diese oder jene gute Steuer darzubieten, die im bunten Durcheinander ihrer Steuern doch nur wie Schönheitspflaster sich ausmachen und den Gegensatz zwischen der Politik der Regierung und der sozialdemokratischen Politik ganz dabei außer Betracht zu lassen. Die Steuerpolitik ist nicht von der allgemeinen Politik zu trennen. Darum ist keine Steuer schon allein um ihrer inneren Vorzüge willen gut und schön. Erst ihr Zweck, erst ihre Rolle im großen Zusammenhang der Politik bestimmt in letzter entscheidender Instanz den politischen Wert einer Steuer. Die Wut, Steuern schon deshalb zu bewilligen, weil es so schöne Steuern sind, ist vollständig unangebracht. Wir können der Regierung vorhalten, daß es ihre Pflicht ist, mit notwendig gewordenen Steuerforderungen rechtzeitig herauszukommen. Aber wir können ihr die Verantwortung nicht abnehmen, wenn sie diesem Pflichtgebot nicht oder in ungenügendem Maß gerecht wird. Denn es ist nicht unsere Politik, die diese Forderungen notwendig gemacht hat.

Beilegung der englischen Kabinettskrise.

London, 20. April. (W. L. W.) Reuter meldet aus angeblich bester Quelle, daß ein Ausgleich in der politischen Krisis erzielt worden sei.

London, 20. April. (W. L. W.) Reutermeldung. Das Preßbureau meldet: Das Ministerium hat sich bei seiner heutigen Beratung über die Vorschläge geeinigt, die es in der Rekrutierungsfrage dem Parlament unterbreiten will. Diese Vorschläge werden beiden Häusern am Dienstag in geheimer Sitzung vorgelegt werden.

Die Sozialistenhege in England.

Die gerichtlichen Verfolgungen gegen die sozialistischen Kriegsgegner und gegen die Arbeiter, die ihre gewerkschaftlichen Freiheiten auch im Krieg verteidigen, werden in England immer zahlreicher. Am 11. d. M. stand der frühere Lehrer John Maclean vor den Geschworenen von Glasgow. Er war angeklagt, in sechs im Januar gehaltenen Reden Versicherungen getan zu haben, die der Rekrutierung zu schaden und Aufruhr und Unfrieden zu erzeugen, die Zivilbevölkerung aufzureizen und die Produktion und den Transport von Kriegsmaterial zu hindern und zu verzögern suchten. Der Kronzeuge war ein Detektiv. Der Vorsitzende einer der Versammlungen erklärte den Bericht des Detektivs für falsch, ebenso sagten dreißig andere Zeugen aus. Der Angeklagte gab nur zu, von den „blühenden englischen Kapitalisten“ gesprochen zu haben, was eine „klassische Redensart“ sei. Auch habe er vom „Mörder Asquith“ gesprochen. Er sei ebenso bereit, in jedem Augenblick Lloyd George einen Räuber zu nennen und das zu beweisen.

Der Angeklagte wurde am zweiten Tage zu drei Jahren Gefängnis verurteilt. Die Verurteilung rief eine ungeheure

Erregung hervor. Das Publikum sang die „rote Fahne“. Vier von den Demonstranten wurden sofort verhaftet.

Sie wurden schon am nächsten Tag vor Gericht gestellt und zu einer Geldbuße von 2 Pfund verurteilt. Daraus wurde die Verhandlung gegen die Herausgeber des „Worker“, die Genossen Walter Bell, Gallacher und John Muir begonnen. Die Angeklagten erklärten die Behauptung, daß das Komitee der Arbeiter vom Clyde den Streik anführe, für falsch. Das gerade Gegenteil sei wahr. Die Angeklagten wurden schuldig gesprochen, in einem Artikel zum Aufruhr und zur Behinderung der Munitionsherstellung aufgefordert zu haben. Gallacher, der Vorsitzende des Arbeiterkomitees, und Muir, Herausgeber des „Worker“, wurden zu zwölf Monaten, Bell, der Direktor der „Socialist Labour Press“ zu drei Monaten verurteilt. Als mildernd wurde angenommen, daß die Angeklagten die Veröffentlichung des Artikels bedauert hätten.

In Glasgow ist jetzt auch die Versammlungsfreiheit aufgehoben. Ein Protestmeeting gegen die neuliche Deportierung von Weibern wurde verboten, ebenso ein Straßenzug. Eine Versammlung des Trades Council (Gewerkschaftsrates) von Glasgow beschloß, juristische Schritte gegen das Versammlungsverbot zu unternehmen.

Eine bulgarische Stimme über die Friedensfrage.

Der bekannte Theoretiker der bulgarischen Sozialdemokratie, Genosse D. Blagojew, schreibt im „Rabotnitscheski Wjesnik“ („Arbeiterzeitung“), dem Organ der bulgarischen „Engen“:

Schon bei Ausbruch des europäischen Krieges schrieben wir in unserer Parteizeitschrift „Nowo Wreme“ („Neue Zeit“), daß kriegerische Erfolge auf der Seite der Kriegführenden zu erwarten seien, wo die Technik am weitesten vorgeschritten sei, und daß in dieser Beziehung Deutschland die erste Stelle einnehmen werde. Und in der Tat schreitet dieses Land bis jetzt von Erfolg zu Erfolg. Indessen fügen wir an dieser Stelle hinzu, daß es in diesem Kriege weder Sieger noch Besiegte im Sinne eines endgültigen Sieges und einer endgültigen Niederlage geben und daß der Krieg eben wird mit einer allgemeinen Erschöpfung, die die Regierungen der kriegführenden Länder veranlassen wird, dem Krieg durch ein Kompromiß ein Ende zu setzen.

Der Krieg wird über anderthalb Jahre mit großer Erbitterung von beiden Seiten geführt. Deutschland hat auf allen Kampffronten gewaltige Erfolge errungen. An allen Fronten hat es große Strecken feindlichen Gebietes besetzt. Eine Ausnahme bildet nur England, das auf seinem Gebiet nicht nur nicht berührt ist, sondern noch von den Kolonialgebieten Deutschlands Besitz ergriffen hat. Indessen, wenn auch Deutschland große Strecken feindlichen Gebietes besetzt und den Bundesgenossen Englands eine Reihe heftiger Niederlagen zugefügt hat, so hat es doch noch nicht den endgültigen Sieg errungen...

Bei Beginn des Krieges hat sich niemand vorgestellt, daß er so lange dauern könnte. Alle glaubten, daß die Erschöpfung noch vor Ablauf eines Jahres eintreten werde. Indessen hat Deutschland eine erstaunliche Energie und Ausdauer und eine noch erstaunlichere Niedertverfassungstaktik gezeigt...

Trotz alledem wird heute mehr und mehr vom Frieden gesprochen. Es ertönen Stimmen, daß dem Krieg ein Ende gesetzt werden müsse, und zwar ertönen diese Stimmen nicht nur von unten her, vom Proletariat und anderen Schichten des Volkes, nicht nur von einzelnen Vertretern der herrschenden Klassen, sondern auch aus den Kreisen der Regierungen und der ihnen nahestehenden Elemente...

Es ist freilich möglich, daß sich hinter den Erklärungen über den herannahenden Frieden andere Dinge verbergen, zumal sie jenen offiziellen Erklärungen widersprechen, wonach der Krieg bis zum „endgültigen Sieg“ fortgesetzt werden müsse... Indessen sind die immer häufiger werdenden Erklärungen über das herannahende Ende des Krieges nicht ohne Bedeutung.

Andererseits haben sich in allen kriegführenden Ländern soviel innere Widersprüche angehäuft, daß der „Burgfriede“, der sich als notwendiges Instrument der Kriegsführung erwies, überall immer häufiger durchbrochen wurde, was die Regierungen der kriegführenden Länder, bei allen ihren kriegerischen Erklärungen, veranlassen mußte, an die Einstellung des Krieges und an den künftigen Frieden zu denken. Infolgedessen können wir heute sagen, daß, wenn die erwähnten Erklärungen auch nicht kategorisch vom Ende des Krieges sprechen, sie jedenfalls darauf hinweisen, daß wir am Anfang des Endes stehen.

Der Jaurès-Brief.

Nach einem uns aus Bern zugegangenen Privattelegramm erklärt Vanderbelde den Brief, den Genosse Scheidemann nach der „Post“ und der „Braunschweigischen Landeszeitung“ als am 30. Juli 1914 von Jaurès an Vanderbelde geschrieben im Reichstage verlesen hatte, als eine glatte Fälschung. Der Brief hatte bekanntlich zu einer Polemik zwischen den Genossen Kautsky und Scheidemann geführt.

Der französische Tagesbericht.

Paris, 20. April. (W. L. W.) Amtlicher Bericht von Mittwoch nachmittag. Von der ganzen Front ist aus dem Verlauf des Nachts kein bedeutendes Ereignis zu melden mit Ausnahme einer ziemlich heftigen Beschießung östlich von der Maas in der Gegend südlich vom Schloß Haudromont.

Paris, 20. April. (W. L. W.) Amtlicher Bericht von Mittwoch abend. Westlich von der Maas beträchtliche Artillerietätigkeit auf der Höhe 804 und in unseren ersten Linien zwischen

dem „Toten Mann“ und Cumidres. Derselbe von der Maas heftige Beschädigung in der Gegend von Douaumont und Baug. Im Woerds-Gebiete war der Tag ruhig in den Abschnitten am Fuße der Maas-Höhen. Bei Sparges richtete der Feind heute morgen drei Angriffe hintereinander gegen unsere Stellungen, sie wurden alle zurückgeschlagen. Im Laufe des Tages wurde der Feind, dem es einen Augenblick geglückt war, in unseren Gräben auf einer Front von ungefähr zweihundert Metern Fuß zu fassen, daraus gleich durch einen Gegenangriff wieder vertrieben, der ihm erste Verluste beibrachte. Von der übrigen Front ist kein Ereignis von Wichtigkeit zu melden.

Belgischer Bericht. Einige beiderseitige Artillerietätigkeit an der belgischen Front, namentlich bei St. Georges, Dignulden und in der Nähe des Jägerhauses.

Die englische Meldung.

London, 19. April. (W. T. W.) Britischer Kriegsbericht. Während der Nacht versuchte der Feind, unsere Posten im Abschnitt der Trichter und Steinbrücke mit Bomben zu beschießen, wurde aber zurückgetrieben. Auf der übrigen Front Artillerietätigkeit.

Der russische Kriegsbericht.

Petersburg, 20. April. (W. T. W.) Amtlicher Bericht vom 19. April. Westfront: In der Gegend von Dünaburg südlich vom Dorfe Garbunowka machten die Deutschen in der Nacht zum 18. April einen Feuerüberfall auf einen unserer Gräben bei dem Dorfe Sinowka (900 Meter südlich von Garbunowka). Darauf griffen sie an und nahmen uns den Graben, durch einen Gegenangriff trieben wir jedoch den Feind zurück. In der Gegend westlich von Postawj zerstreute unsere Artillerie eine feindliche Kolonne.

Galizien: In der Gegend nordwestlich von Arsenow und in der Gegend der oberen Snyppa brachte der Feind einige Minen zum Ausfliegen.

Schwarzes Meer: Ein unserer U-Boote versenkte, obgleich es von einem Krieger, allerdings erfolglos angegriffen wurde, unter dem heftigen Feuer der feindlichen Batterien nahe der Einfahrt in den Bosporus einen Dampfer und ein Segelschiff.

Kaukasus: Bei Nischala (88 Kilometer westlich von Erzerum eroberten unsere Truppen im Nachtangriff eine starkbefestigte Bergfeste von einer Höhe von mehr als 2 1/2 Werst über dem Meeresspiegel. Wir machten vier türkische Offiziere und hundertunzwanzig Wafaris zu Gefangenen. Der Feind ließ außerdem noch einige hundert tote auf dem Platze. Einige feindliche Abteilungen, die kürzlich von der Halbinsel Gallipoli antransportiert waren, wurden vollständig vernichtet, während andere türkische Truppen, die an dem Kampfe teilnahmen, in unserem Feuer und bei dem Bajonetangriff schwere Verluste hatten.

Meldung der italienischen Heeresleitung.

Rom, 20. April. (W. T. W.) Kriegsbericht von Mittag abend. Im Adamesogebiet haben unsere Alpenjäger nach Verjagung der letzten feindlichen Abteilungen, die noch auf dem Gletscher herumirrten, am 17. den Gipfel des Monte Pumo (2402 Meter hoch) besetzt und besetzt. Im Vedrotal wurde mit der Fortsetzung der aufeinander folgenden feindlichen Widerstandslinien schrittweise unser Vorgehen gegen den Gipfel des Monte Sperone fortgesetzt. Tätigkeit der Artillerie im Gebiete von der Gisch bis zur Front. Im Saganatal zerbrachen in der Nacht vom 17. zum 18. neue Anstrengungen des Feindes gegen die Stellungen westlich des Bergflusses Laganza am festen Widerstande unserer Truppen. In derselben Nacht griffen die Unseren den äußersten östlichen Stamm des Col di Lana (Hochcordovole), der sich noch im Besitze des Gegners befand, an und eroberten ihn, nachdem sie die feindlichen Linien durch gewaltige Minen zerstört hatten. Die feindliche Abteilung, die die Gräben besetzt hielt, wurde zum größten Teil verhaftet oder getötet. Die Ueberlebenden, 164 Kaiserjäger, darunter 9 Offiziere fielen ebenso wie eine Deute an Waffen, Schießbedarf und Kriegsgüter in unsere Hände. Am Morgen des 19. wurde eine feindliche Abteilung, die sich dem See näherte, zurückgeschlagen und von unserer Artillerie zerstört. An der übrigen Front kein wichtiges Ereignis. Cadorna.

Meldung des türkischen Hauptquartiers.

Konstantinopel, 19. April. (W. T. W.) Bericht des Hauptquartiers: Von der Front ist keine neue Meldung eingelaufen. Wir stellen fest, daß die Lage des in Kut el Amara eingeschlossenen Feindes sehr mifflig wird. Der feindliche Führer hat, um die Schwierigkeiten der Verpflegung zu beheben, kürzlich die Stadt von der Bevölkerung räumen lassen und erwartet, daß Flugzeuge kleine Säcke mit Mehl abwerfen.

In der Kaukasusfront, hauptsächlich auf dem rechten Flügel im Tschornabschnitt, nimmt die Schlacht einen heftigen Charakter an. Ein Versuch des Feindes, um den Preis großer Verluste vorzudringen, wurde durch Gegenangriffe unserer Truppen vereitelt. Der Feind, der die Lage ausnützt, die ihm der besetzte Platz Vatum bildet, drückt von Zeit zu Zeit durch das Feuer seiner Schiffe unsere Küstenbeobachtungsabteilungen in Kasstan zurück und gewinnt, indem er seine Landkräfte verstärkt und so viel als möglich unterstützt, in den Operationen die Oberhand. Aber unsere dort stehenden Truppen versuchen, ohne Rücksicht auf ihre kleine Zahl, durch ihre Tapferkeit die feindlichen Operationen zum Scheitern zu bringen. Auf den übrigen Abschnitten der Front nur unbedeutende Vorpostengefächte.

Die Wirkungen der Luftangriffe auf England.

Berlin, 20. April. (W. T. W.) Ueber die Erfolge der deutschen Luftschiffangriffe in der Zeit vom 31. März bis 6. April liegen jetzt folgende Angaben vor:

1. Der Angriff auf London am 31. März auf 1. April war bei weitem der schwerste und wirkungsvollste. Im nordöstlichen Teil der Stadt sind viele Brände ausgebrochen. Großer Schaden soll in der Great Eastern Street und in der Great Tower Street angerichtet sein, in letzterer wurde u. a. eine Fabrik vernichtet. Auch Marblebone-Hood wurde sehr in Mitleidenschaft gezogen. Verschiedene Bomben fielen in der Nähe der Tower Bridge und London Bridge, dabei wurde ein zwischen beiden Brücken liegender Transportdampfer getroffen und schwer beschädigt. In der Nähe des Holland Road liegende Baracken und Flugzeuggruppen wurden getroffen; dabei wurden Soldaten getötet, Flugzeuge vernichtet, auch ist ein Flugzeugschuppen abgebrannt. In St. Katharine Docks und London Docks wurden große Verstärkungen angerichtet. Die in der Nähe befindlichen Werftstätten sind zum Teil verhaftet, so daß eine große Anzahl Arbeiter am folgenden Tage die Arbeit nicht wieder aufnehmen konnte. In diesen Docks sind außerdem vier armierte Dampfer getroffen. In West India Docks wurde ein großes Feuer vorgebrochen und mehrere Luftabwehrgeschütze zerstört. In Commercial Dock wurde schwerer Schaden angerichtet,

Meldung des Großen Hauptquartiers.

Amtlich. Großes Hauptquartier, den 20. April 1916. (W. T. W.)

Westlicher Kriegsschauplatz.

Im Ypern-Bogen gelang es deutschen Patrouillen an mehreren Stellen in die englischen Gräben einzudringen, so an der Straße Langemarck—Ypern, wo sie etwa 600 Meter der feindlichen Stellung besetzt und gegen mehrere Handgranatengriffe fest in der Hand behalten haben. Hier, sowie bei Wielje und südlich von Ypern wurden Gefangene gemacht, deren Gesamtzahl ein Offizier 108 Mann beträgt; 2 Maschinengewehre wurden erbeutet.

Westlich von Trachy-le-Mont hat sich gestern abend gegen unsere Linien abgelassenes Gas nur in den eigenen Gräben der Franzosen verbreitet.

Im Maasgebiet richtete der Feind heftiges Feuer gegen die ihm auf dem Dünker entzogenen Stellungen. Im Caillotte-Walde entwickelte sich ein starker Angriff. Er gelangte an einer vorjüngenden Ecke in unseren Gräben. Im übrigen wurde er unter für die Franzosen schweren blutigen Verlusten und einigen an Gefangenen abgewiesen.

In der Woerds-Ebene und auf der Höhe südöstlich von Verdun wird der Artilleriekampf mit großer Lebhaftigkeit von beiden Seiten fortgesetzt. Infanterietätigkeit gab es dort nicht.

Östlicher und Balkan-Kriegsschauplatz.

Keine Ereignisse von besonderer Bedeutung.

Oberste Heeresleitung.

Der österreichische Generalkriegsbericht.

Wien, 20. April. (W. T. W.) Amtlich wird verlautbart: Russischer und südöstlicher Kriegsschauplatz. Nichts Neues.

Italienischer Kriegsschauplatz.

Infolge günstigerer Sichtverhältnisse waren die Artilleriekämpfe gestern auf zahlreichen Frontstellen wieder lebhafter. Der Gipfel des Col di Lana ist im Besitze des Feindes. Im Sugana-Abschnitt griffen die Italiener unsere neuen Stellungen vergebens an.

Der Stellvertreter des Chefs des Generalstabes, v. Doeber, Feldmarschalleutnant.

es wurden mehrere Kohlenmagazine, ein Schuppen mit Kriegsmaterial und mehrere kleine Schiffe zerstört, ebenso zum Teil die in den Docks befindlichen Eisenbahnanlagen nebst rollendem Material. Weiter in Mitleidenschaft gezogen wurden die Tilbury Docks, wo ein Schuppen abbrannte und verschiedene Luftabwehrgeschütze außer Gefecht gesetzt wurden. In Purfleet wurde eine Munitionsfabrik getroffen und gänzlich zerstört.

2. Blage am Humber. An verschiedenen Orten der Humbermündung wurden große Brände beobachtet. In der Nähe von Grimshy wurden eine Batterie und eine Kaserne getroffen und zum großen Teil zerstört. Umfangreiche Beschädigungen wurden in Grimshy selbst angerichtet, z. B. wurden die Gasanstalt, das Elektrizitätswerk und ein Vorortbahnhof von Bomben getroffen. Außerhalb Grimshy wurde eine Munitionsfabrik völlig zerstört, eine weitere schwer beschädigt.

3. Sunderland. Der Angriff galt in erster Linie den Dockanlagen, die schwer gelitten haben. Viele Werften, besonders die von Swan, Hunter und Wigham Richardson wurden schwer beschädigt. Eine Helling wurde getroffen, das darauf befindliche Schiff ist umgefallen. Ein Kreuzer, der in nächster Zeit von Stapel laufen sollte, wurde schwer beschädigt. Außer Anlagen wurden noch verschiedene Schiffe getroffen. Außerhalb Sunderland sind mehrere Fabrikanlagen schwer beschädigt, darunter eine Munitionsfabrik. Ein großer Schuppen mit Materialen wurde vollständig zerstört.

4. In Widdelsborough wurden zwei große Schmelzöfen und die dazu gehörigen Landungsanlagen der Clarence Wharf and Factory und der Wells Wharf schwer beschädigt, zum größten Teil völlig zerstört.

5. In Edinburg und Leith wurde großer Schaden angerichtet. Kasernen und Munitionslager, Eisenwerke und andere Fabriken liegen in Trümmer. Zwei Munitionsbetriebe sind in Blammen ausgegangen. Die große Spreitfabrik in Leith wurde durch Brandbombe getroffen und durch Feuer gänzlich vernichtet. Eine Eisenbahnstation wurde stark beschädigt. Ein dort stehender Zug wurde getroffen und zerstört. Auch die Hafenanlagen in Leith und dort liegende Schiffe haben zum Teil sehr gelitten, u. a. ist ein englischer Viermastler fast ganz zerstört. Ein in Nähe von Leith liegender Transportdampfer mit Kriegsmaterial, der zum Auslaufen bereit war, wurde beschädigt und konnte Meils nicht antreten.

6. Blage am Tyne. In der Nähe von Hexham wurde eine Munitionsfabrik zerstört. Untweit Newcastle traf eine Bombe die Tynebrücke, die fast vollständig zerstört wurde. Viele Werften und Hafenanlagen an beiden Tyneufern waren getroffen, besonders die Werften bei Hebburn und Gateshead, gegenüber Newcastle. In der Nähe von Ryton (oberhalb Newcastle) wurde eine Munitionsfabrik zerstört.

Außerdem sollen verschiedene Kriegsschiffe und für die englische Marine bestimmte Neubauten betroffen und mehr oder minder stark beschädigt sein.

Keine Ueberlebenden vom Kreuzer „Scharnhorst“.

Berlin, 19. April. (W. T. W.) Von der Besatzung des Panzerkreuzers „Scharnhorst“, der in dem Gefecht bei den Falklands-Inseln verloren gegangen ist, konnte bekanntlich niemand gerettet werden. Trotzdem werden in der Öffentlichkeit immer wieder Gerüchte verbreitet, daß irgend ein Geretteter ein Lebenszeichen von sich gegeben habe. Hierdurch wird bei einzelnen Angehörigen der Vermitteln die trügerische Hoffnung erweckt, daß möglicherweise auch ihr Verwandter noch am Leben sein könnte und nur durch irgend welche Umstände daran verhindert sei, mit der Heimat schriftlich zu verkehren. Demgegenüber hat das Prisoners of War Information Bureau in London das Zentralkomitee vom Roten Kreuz ersucht, das Publikum nochmals darauf aufmerksam zu machen, daß alle derartigen Gerüchte jeder Grundlage entbehren. Insbesondere ist die Annahme unzutreffend, daß in Kupferbergwerken auf den Falklands-Inseln Gefangene beschäftigt werden, denen der Verkehr mit der Heimat untersagt ist. Es gibt dort überhaupt keine Kupferbergwerke.

Die Ruhepause vom 10. bis 16. April.

Von Richard Gädle.

Man kann nicht sagen, daß in der Verdictswoche Dinge in die Erscheinung getreten seien, die die Entwicklung des Krieges äußerlich wesentlich weitergeschoben hätten. Unterhalb der Oberfläche werden ja wohl Vorbereitungen aller Art im Stillen geblieben sein und wird auf allen Seiten regie Arbeit geherrscht haben; aber ihre Früchte werden wir erst später sehen.

Die Schlacht an der Maas, die am meisten in Spannung erhälte, hat seit der Einnahme von Vöschincourt am 9. April keinen neuen großen Angriff unserer Truppen herbeigeführt. Es hat vielmehr eine Ruhepause geherrscht, die mit Sicherung des bisher Erworbenen beschäftigt war und mit Abwehr französischer Angriffe. Denn der Gegner hat zu verschiedenen großen Stößen angelegt, die an den beiden gefährlichsten Punkten seine zurückgeschobene Stellung wieder erweitern sollen. Das war einmal links der Maas gegen die deutsche Linie am Waldbrände von Avocourt bis zum „Toten Mann“ und dem Waldchen von Cumidres, wo die Franzosen am 10. und 11. April mit erheblichen Kräften zum Gegenangriff anzusetzen suchten. Am 14. April kam ihr Angriff in dem Frontenfeuer unserer Artillerie nur noch mit geringen Kräften zur Ausführung, während er auf dem größten Teile der Front im Ansatze stehen blieb. Andererseits ließ General Votain am 16. April auf dem rechten Maasufer gegen unsere Stellungen südlich Feste Douaumont bis zur Schlucht von Baug angreifen, ohne hier bessere Erfolge zu erzielen, als auf der anderen Seite. Nachdem, was man hört, sind die französischen Angriffe nach wie vor sehr verlustreich, wie das übereinstimmend der Natur der Sache gegenüber der furchtbaren Gewalt der modernen Feuerwaffen entspricht. Demgegenüber behaupten die Deutschen, daß General Joffre längst genügend gewesen sei, seine gesamte Heeresreserve, die er in langen, mühsamen Monaten aufgespart habe, in den Dien der Maaschlacht zu werfen. Darin liege einer der großen Vorteile, die unser Vorgehen um Verdun und eingetragene habe.

Daß die Franzosen genügend gewesen sind, die zu anderen Aufgaben angesammelten Streitkräfte für Verdun anzubringen, kann nicht bezweifelt werden. Dafür spricht allein schon die Zahl von 80 Divisionen, die wir im Laufe der Wochen auf beiden Maas-ufeln festgestellt haben, eine Zahl übrigens, die für die letzten französischen Angriffe wahrscheinlich noch vermehrt worden ist. Aber auch eine große Menge schwerer Geschütze ist nach und nach zur Verstärkung der schweren großen Stellungen herangezogen worden, und auch sie steht nicht mehr zur freien Verfügung der Heeresleitung.

Gleichwohl wird es natürlich schwer sein, nachzurechnen, daß bereits die ganze Heeresreserve Joffres eingesetzt und um Verdun abgenutzt sei. Man darf nicht übersehen, daß ein großer Teil der an der Maas stehenden Truppen auch aus anderen Teilen der langen Front genommen und dort durch englische Truppen ersetzt worden ist. Inwiefern aber die Engländer darüber hinaus noch Rückhaltstruppen für einen eigenen großen Angriff zur Verfügung haben — darüber wird unsere Heeresleitung wohl Nachrichten besitzen, während für uns ein Urteil sehr schwierig ist. Die Meldungen aus England hierüber sind widersprüchlich, je nach dem Standpunkt der einzelnen Zeitungen und militärischen Schriftsteller. Während die einen von einem völligen Plöts der bisherigen Wehrpolitik sprechen, wollen andere nachweisen, daß das Land noch einen Notentworrat von einer Million Mann besitze. Daß ein Land wie England auch unter der Herrschaft des gemilderten Zwangsdienstes leicht drei Millionen Soldaten und darüber auf die Beine bringen kann, unterliegt nicht dem geringsten Zweifel. Und zwar umso weniger, als die bisherigen Verluste des englischen Heeres im Verhältnis zu denen der anderen gering zu nennen sind. Sie werden auch zur Stunde nicht höher als 650 000 Mann zu veranschlagen sein, von denen ein entsprechender Teil natürlich wieder feldtauglich geworden ist. Die Schwierigkeit liegt nur darin, die Ansprüche der hochgestellten Indultrie, die ebenso gut ein wesentliches kriegerisches Interesse gerade für jenes Land darstellt, mit den besonderen militärischen Forderungen zu versöhnen und andererseits die verhafte Dienstpflicht möglichst gerecht zu verteilen.

Die durch den Angriff auf dem Balkan und um Verdun ausgelösten verhärteten Vorurteile unserer Gegner gegen die besarabische und ostgalizische Front, im Nordosten gegen Hindenburg und im Frankreich selbst haben ihnen sicher ihr Konzept verborgen. Trotzdem darf nicht daran gezweifelt werden, daß sie die Absicht haben, noch einmal große angriffsfähige Massen aufzustellen und zu gemeinsamer, gleichzeitiger Unternehmung loszulassen. Die Pariser Konferenzen, die alarmierenden Nachrichten, die die holländische Regierung erhielt, die Zeitungstimmen aus allen uns feindlichen Ländern, die fortwährenden Verluste, Griechenland auf die Seite der Gegner zu zwingen, dürfen nicht als unbeachtlich behandelt werden. Und was bliebe dem uns feindlichen Bunde denn auch anders übrig, wenn er „den preußischen Militarismus“ wirklich zerstören will? Das Schwerkriegs seiner eigenen Ziele nötigt ihn ja zum großen Angriff. Man darf auch annehmen, daß unsere Heeresleitung damit rechnet und darauf vorbereitet ist.

Was anderes ist es natürlich, ob dieser große, gleichzeitige Angriff auch wirklich in die Erscheinung treten wird. Ganz leicht wird es bei der sehr verschiedenen politischen und militärischen Lage unserer Feinde nicht sein. Außerdem aber hängt es nicht von ihnen allein ab.

Auch auf den anderen Kriegsschauplätzen hat im wesentlichen Ruhe geherrscht. An der italienischen Grenze schien es einen Augenblick, als ob ein neuer Vorstoß gegen unsere Verbündeten eingeleitet werden sollte, der sich diesmal hauptsächlich gegen Triest richten würde. Die Italiener haben dort in der Tat einzelne Fortschritte gemacht, so am linken Ufer des Garda-See gegen Miva. Schließlich ist aber doch nichts Großes dabei herausgekommen, und die Angriffsluft scheint schon wieder im Abflauen begriffen. Immerhin wird man diese Gegend für die nächste Zeit im Auge behalten müssen.

Die vereinzelt Vorstöße der Russen im Norden und Süden haben gar nichts zu bedeuten; zum Teil sind sie, wie unser Generalkriegsbericht nachweist, geradezu erlunben. Die Tausend wird in jenen Gegenden eine allgemeine Angriffstätigkeit noch einige Zeit hindern.

Auf dem Balkan scheint man jetzt wirklich im Begriff, die kümmerlich wiederhergestellten Reste des serbischen Heeres nach Saloniki zu überführen. Im Rahmen der französischen und englischen Truppen mag man vielleicht hoffen, ihre Kriegsmüdigkeit in den Dienst einer ihnen fremden Sache zu zwingen. Ob der General Sarrail wirklich beabsichtigt, mit ihrer Unterstützung einen Angriff zu versuchen, bleibt nach wie vor eine Rätselfrage.

In Armenien ist die russische Offensive ohne Zweifel zum Stillstand gekommen — auf wie lange, läßt sich nicht beurteilen. Im Irak wird die Lage des eingeschlossenen Generals Townshend von den Engländern als immer kritischer beurteilt. Ein erneuter Entsetzversuch General Goringes am 12. April ist wiederum ergebnislos geblieben; es fragt sich also, auf wie lange die Lebensmittel in Kut-el Amara noch reichen werden. Doch darf man wohl auf eine äußerste Kraftanstrengung im letzten Augenblick gesetzt sein.

Henderson an die Arbeiter von Glasgow.

London, 17. April. (W. T. W.) Der Minister Henderson hatte am Sonnabend in Glasgow eine Konferenz mit den dortigen Arbeitern. In einer Ansprache sagte er: Manche Leute scheinen zu glauben, daß der Krieg bereits so gut wie gewonnen sei und daß nur noch die britische Armee die glänzenden Leistungen der französischen Armee bei Verdun zu vervollständigen habe. Er teile diese Meinung nicht, obwohl er in bezug auf den schließlichigen Ausgang optimistisch sei. Henderson fuhr fort: Man dürfe den Bau von Handelschiffen nicht länger vernachlässigen. Der Präsident des Handelsamtes habe zu ihm den bestimmten Wunsch ausgesprochen, daß die schleunige Vollendung aller im Bau befind-

licher Schiffe gesichert werde. Alle Arbeiter in den Werften mühten überzeugt werden, daß alle ihre Zeit und Arbeitskraft unerläßlich sei, um den Krieg zu gewinnen. Eine Minderheit der Arbeiter vertrat noch immer zu viel Zeit.

Krieg und Profit.

Wie die meisten amerikanischen Blätter von Ende März melden, haben die Friedensgerüchte aus Europa eine sehr nervöse Stimmung unter den Spekulanten in Wall-Street (wichtigste Geschäftsstraße in New York) hervorgerufen. In der amerikanischen Tagespresse wird aus diesem Anlaß Klipp und Klar ausgesprochen, daß der Ausbruch des Weltkrieges eine große Geschäftskrise in den Vereinigten Staaten herbeiführen würde. Vor Ausbruch des Krieges im August 1914 sei die amerikanische Geschäftslage eine derart schlechte gewesen, daß man das schlimmste befürchtete. Eine schlimme Krise, wenn nicht eine Panik, war im Anzuge, die zwar bei Kriegsausbruch etwas verschärft, aber bald milder wurde, sobald Europa von den Vereinigten Staaten Kriegsmaterial, Nahrungsmittel und sonstige Waren in Hülle und Fülle verlangte. Damit begann für die Vereinigten Staaten der industrielle Aufschwung und die großkapitalistische Prosperität. Nun sprechen aber die Sachwalter der großkapitalistischen Interessen in der Presse bereits offen die Befürchtung aus, daß der Friedensschluß in Europa zu einem plötzlichen Rückschlag in der amerikanischen Industrie und zu schweren Erschütterungen des gesamten Geschäftslebens führen könnte.

Es gibt also noch Menschenfreunde — und wohl nicht nur jenseits des Ozeans — die mit Bittern und Bangen dem Ende des völkermordenden Krieges entgegensehen, der Ströme blutigen Goldes in ihre Taschen geleitet hat.

Amerikanische Studenten und Militarismus.

New York, 31. März 1916. (Sig. Ver.) Die Militaristen, die zurzeit in den Vereinigten Staaten ungewöhnliche Anstrengungen machen, das Volk für ihre Ideen zu gewinnen, haben ihr Augenmerk namentlich auf die Schulen gerichtet, in die sie den militärischen Geist zu verpflanzen suchen. Die Herren wissen genau, daß es schwer fallen wird, den alten Amerikanern mit ihren eingewurzelt antimonarchischen und antimilitaristischen Gefühlen neue Kunststücke beizubringen. Sie setzen daher ihre Hoffnung auf die Jugend, deren Geist noch bildungsfähig ist. In Schulen und Universtitäten halten redegewandte Militärs mit Einwilligung der Schulverwaltung Vorträge vor Kindern und Jünglingen, um diese von der Notwendigkeit der Aufrüstung und den körperlichen und sittlichen Vorteilen des militärischen Dienstes zu überzeugen.

Der Hauptwunderredner der Militaristen ist der Generalmajor Leonard Wood, ein Außenfreund Theodore Roosevelts, der gestern im New Yorker City College einen Vortrag vor den Studenten hielt. Wood ist ein treuer Schildeknappe Roosevelts, den die Truismagnaten, wenn nicht alle Zeichen täuschen, zu ihrem Kandidaten bei der kommenden Präsidentschaftswahl erkoren haben. Die Argumente, deren sich der Generalmajor bediente, spiegelten denn auch treulich die Gedanken und Absichten der finanzkapitalistischen Kreise wider. So meinte er, daß die Kämpfungen notwendig seien, weil unser ungeheurer Reichtum, unser tapfer vorwärts dringender Handel, unsere überseeischen Besitzungen den Neid anderer Nationen erregen müßten und zwar von Nationen, die für einen Angriffskrieg gut gerüstet sind. Der Mangel amerikanischer Rüstungsbereitschaft wird diese geradezu dazu herausfordern, die Vereinigten Staaten anzugreifen.

Das City College wird meist von unbenittelten Studenten, den Kindern von Arbeitern besucht, von denen viele wie ihre Eltern der sozialistischen Bewegung angehören. Die sozialistischen Elemente unter den Studenten wandten sich energisch gegen einen Plan der Universtitätsbehörden, den militärischen Drill in die Anstalt einzuführen und erließen vor dem Besuche des Generalmajors einen Aufruf.

Das Anschlag dieses Aufrufs rief bei den Universtitätsbehörden nicht wenig Verärgerung hervor, und man bereitete sich, in der Versammlung des Generalmajors Wood für genügend Detektivs und Geheimversteher zu sorgen. Die Versammlung verlief jedoch ohne große Störung, und der vorher arrangierte Weisfall setzte an allen Punkten richtig ein. Nach der Veranstaltung kam es jedoch zu stürmischen Szenen zwischen den Gruppen der Studenten. Die Opposition scheint auf die Behörden einen Eindruck gemacht zu haben, denn sie erklärten nachher, daß der militärische Kursus nur als fakultativer Fach gedacht sei. Die kapitalistische Presse ist durch die Demonstration auf die sozialistische Organisation der Studenten aufmerksam gemacht worden und fragt erkant, wie man in einer öffentlichen Anstalt überhaupt so etwas dulden könne.

Der Kampf gegen den Militarismus, der immer mehr zur unmittelbaren Hauptaufgabe der Sozialistischen Partei Amerikas wird, verändert zusehends die Haltung der kapitalistischen Parteien gegenüber unserer Partei. Bisher haben sich unsere Gegner noch einigermaßen tolerant gezeigt; sie betrachteten die junge Partei noch nicht als einen ernst zu nehmenden politischen Feind. Seitdem aber die Sozialistische Partei aggressiv antimilitaristisch geworden ist (was am klarsten daraus hervorgeht, daß die Mitglieder bei der letzten Wahlstimme zwei entschiedene Gegner des Militarismus zu ihren Wannerträgern bei der nächsten Präsidentschaftswahl erwählt haben), regnet es Beschimpfungen und Verwünschungen. . . .

Ein russisch-japanisches Abkommen?

Wie dem „Lokal-Anzeiger“ aus Stockholm gedrahlet wird, meldet die japanische Zeitung „Nitschi-Nitschi“:

Zwischen Rußland und Japan ist ein wichtiger Staatsvertrag geschlossen worden. Rußland tritt Japan die chinesische Bahn Sibirien ab, verwandelt Wladiwostok in einen Handelshafen und verpflichtet sich, seine Kriegsstützpunkte in Ostasien aufzugeben. Japan übernimmt dafür mit seinen gesamten industriellen Kräften die Munitionsversorgung Rußlands. Rußland bewilligt ferner Japan handelspolitische Vergünstigungen im östlichen Sibirien und in der Mandchurei. Japan und Rußland verpflichten sich zu gegenseitiger Anerkennung ihrer Stellung in der Mongolei und Mandchurei. Rußland erkennt auch das japanische Recht an, im Interesse der Aufrechterhaltung der Ruhe in China einzugreifen, ohne die Integrität des himmlischen Reiches anzutasten. Falls eine dritte Macht vordringt, muß Rußland unbedingt Japan unterstützen.

Wenn diese Nachricht, was wir vorläufig noch bezweifeln, zutrifft, so bedeutet das nichts weniger als die Abdankung Rußlands im fernen Osten und die unumwundene Anerkennung der wirtschaftlichen und politischen Vorherrschaft Japans in Ostasien. Man kann gespannt sein, ob Rußland sich wirklich zu einem so folgenschweren Schritt entschlossen hat, der eine Umwälzung der gesamten politischen Verhältnisse im fernen Osten nach sich ziehen müßte.

Eine nichtoffizielle neutrale Friedenskonferenz in Stockholm.

Das „Berliner Tageblatt“ brachte in seiner gestrigen Nummer folgenden, ihm aus Stockholm telegraphisch übermittelten Aufsatz:

„An die Regierungen, Parlamente und Völker der kriegsführenden Länder!“

Eine Konferenz, bestehend aus den Delegierten von sechs neutralen Ländern, Dänemark, Holland, Norwegen, Schweden, Schweiz und Vereinigten Staaten von Amerika — ist in Stockholm zusammentretend, um für einen baldigen Frieden zu arbeiten, für einen Frieden, der auf jenen Grundsätzen des Rechts und der Menschlichkeit aufgebaut sein soll, die allein einen dauerhaften Frieden gewährleisten. Die Konferenz hat keinen offiziellen Charakter, sie vertritt keine Regierung, sie äußert die bescheidene Ansicht Privater. Sie vertritt jedoch die Sehnsucht und den guten Willen von jenen Millionen in der ganzen zivilisierten Welt, die nicht müde zu werden können, wie alle Schrednisse des Krieges uneingeschränkt weiterzuwirken. Ihre Mitglieder, die als Privatpersonen durch keine gouvernementalen Rücksichten gebunden sind, sind der Ansicht, daß alles getan werden muß, um die Beendigung der Kriegsführung in Gang zu bringen und folchergehalt allmählich die Kriegsführenden auf einer vernünftigen Diskussionsgrundlage zusammenzuführen. Durch tausend Mängel sind der Konferenz Äußerungen zugekommen, die in eindrucksvoller Weise zeigen, wie eine längere Fortsetzung des Krieges den Ruin aller bedeuten müßte. Da man aber auf beiden Seiten den unerschütterlichen Glauben hegt, daß nur ein vollständiger und endgültiger Sieg den dauerhaften Frieden bringen könne, so werden immer neue entscheidende Opfer für ein Ziel gebracht, dem die grauenhaften Erfahrungen dieses Krieges von vornherein den Stempel der Utopie aufgedrückt haben. Wir sind jedoch überzeugt, daß schon jetzt eine Verständigung zwischen den kriegsführenden Ländern erreichbar ist, wenn gewisse universelle Grundsätze, die nicht ungeheuerlich verletzt werden können, und die unabhängig vom militärischen Ausgang des Krieges Beachtung beanspruchen, als Diskussionsbasis dienen. Die dringendste Aufgabe einer neutralen Konferenz liegt daher darin, die universellen Grundsätze und konkreten Vorschläge aufzustellen, die auch bei den Kriegsführenden auf allgemeine Zustimmung rechnen können und die eine sichere Grundlage für einen gerechten und dauerhaften Frieden bilden würde — für einen Frieden, der nicht nur die Ansprüche der kämpfenden Nationen befriedigen, sondern auch das Wohl der Menschheit als solcher fördern müßte. Die neutrale Konferenz will nicht versuchen, alle Möglichkeiten eines befriedigenden Ausgleichs aufzuzeigen; sie verzichtet auch darauf, einen Plan zur Schaffung einer vollkommenen Weltordnung zu entwickeln. Aber sie möchte hervorheben, daß das allgemeine Verlangen der Menschheit nach einem Frieden, der die Welt vor der Wiederkehr einer derartigen Katastrophe sicherstellt, der Felsen sein muß, auf den der künftige Friede aufzubauen ist; indem die Konferenz diese Eingabe den Regierungen, Parlamenten und den Völkern der kriegsführenden Länder zur Besprechung und Behandlung unterbreitet, hofft sie, daß keine formellen Bedenken eine wohlwollende Prüfung sowohl durch die Behörden als durch das Volk, dem jene vorstehen, verhindern werden.

a) Selbstbestimmungsrecht der Nationen. Die neuere Geschichte enthält lehrreiche Beispiele für die Tatsache, daß Annexionen, die gegen den Willen des betreffenden Volkes durchgeführt wurden, den Keim zu künftigen Befreiungskriegen in sich tragen. Es sollte daher die Anerkennung dieses Grundsatzes als wesentliche Voraussetzung für eine befriedigende Lösung des gegenwärtigen internationalen Konflikts betrachtet werden: es soll keine Gebietsübertragung gegen den Willen der betreffenden Bevölkerung stattfinden. Den Nationen ist das Recht der Selbstbestimmung zuzuerkennen. In Anwendung dieses Grundsatzes sowie im Hinblick darauf, daß es schwierig sein dürfte, eine Verständigung zwischen den beiden kriegsführenden Gruppen auf einer anderen Basis herbeizuführen, ist vor allem zu verlangen:

1. daß Belgien wiederhergestellt werde, gleicherweise ist zu fordern;
 2. daß die besetzten französischen Provinzen zurückgegeben werden;
 3. daß die elsaß-lothringische Frage in Wiedererwägung gezogen werde;
 4. daß die Rechte der Unabhängigkeit Serbiens und Montenegros gewährleistet werden.
- Der Grundsatz des Selbstbestimmungsrechts der Nationen verlangt in seiner weiteren Anwendung:
5. die Lösung der polnischen Frage durch Anerkennung der Wiedervereinigung Polens in Form eines unabhängigen Staates;
 6. Grenz- und Gebietsveränderungen zwischen Italien und Oesterreich, soweit als möglich unter Berücksichtigung des Nationalitätenprinzips;
 7. die Autonomie Armeniens unter internationaler Garantie;
 8. die Lösung verschiedener nationaler Fragen auf dem Balkan und in der asiatischen Türkei durch internationale Übereinkommen.

b) Recht aller Länder auf freie ökonomische Entwicklung.

Der wirtschaftliche Antagonismus zwischen verschiedenen Völkern wird von der öffentlichen Meinung als eine der Ursachen des gegenwärtigen Krieges bezeichnet. Es geht daraus die dringende Notwendigkeit freier wirtschaftlicher Entwicklungsmöglichkeiten für alle Völker ohne Reichbegünstigung des einen oder anderen hervor. Als wichtigste Schritte in dieser Richtung sind zu verlangen:

1. Die Anerkennung des Grundsatzes der offenen Tür in den Kolonien, Protettoraten und Interessensphären.
 2. Die Internationalisierung von gewissen Wasserstraßen, zum Beispiel der Dardanellen und des Bosporus.
- In Anwendung desselben Grundsatzes ist ferner zu verlangen:
3. daß die deutschen Kolonien zurückertattet oder kolonialer Austausch mit befriedigenden Kompensationen zugesichert werden.
 4. daß Deutschlands Zugang zum nahen Osten gewährleistet wird.

c) Freiheit der Meere.

Ein internationales Übereinkommen soll dem Grundsatz der Meere praktische Gestalt verleihen.

d) Parlamentarische Kontrolle der auswärtigen Politik.

Eine wirksame parlamentarische Kontrolle der auswärtigen Politik ist in den einzelnen Staaten einzuführen, damit Geheimverträge und geheime Diplomatie die vitalsten Interessen der Völker nicht länger gefährden können.

e) Zwischenstaatliche Organisation.

Für die Aufrechterhaltung ungehörter Beziehungen der Völker zueinander ist die Schaffung einer auf Recht und Gerechtigkeit gestützten zwischenstaatlichen Organisation, die alle Streitigkeiten einem friedlichen Verfahren unterwirft, unerlässlich. Soll diese Rechtsordnung in absehbarer Zukunft verwirklicht werden können, so hat schon der kommende Friedensvertrag im Prinzip die Schaffung einer internationalen Rechtsordnung zu postulieren.

f) Abrüstung.

Die prinzipielle Zustimmung der Vertragsmächte des kommenden Präliminarfriedens zur Schaffung einer internationalen Rechtsordnung wird die Grundlage bilden, auf der durch ein zwischenstaatliches Übereinkommen die Frage der Abrüstung gelöst und die Welt von einem ungeheuren Alp und von einer laienmäßig anwachsenden Verschuldung befreit werden kann.

g) Allgemeiner Staatenkongreß.

Die Schwierigkeiten, die sich aus der gegenwärtigen Konstellation ergeben, berühren nicht nur die kriegsführenden Völker, sie gleichen die ganze Welt in Mitleidenschaft. Die Welt hat daher auch ein natürliches Mitspracherecht bei der Lösung der durch den Krieg akut gewordenen Fragen. Die Schaffung einer zwischenstaatlichen Organisation ist ohne Mitwirkung der neutralen Völker nicht denkbar. Es soll daher ein allgemeiner Staatenkongreß einberufen werden, der sich aber nicht bloß mit den aus diesem Kriege resultierenden Fragen zu befassen haben wird. Auch Probleme wie das der politischen und geistigen Freiheit für Völker von besonderer Nationalität, die mit anderen Nationen vereinigt sind, haben für die künftige Aufrechterhaltung des Friedens, wenn gleich nicht in direktem Zusammenhang mit dem gegenwärtigen Kriege stehend, fundamentale Bedeutung. Der Kongreß sollte daher auch dazu prinzipiell Stellung nehmen.

Es ist vorstehend der Versuch gemacht worden, den Kriegsführenden die Möglichkeit eines friedlichen Ausgleichs und einer Wiederherstellung der internationalen Ordnung, die durch diesen brudermörderischen Krieg zerrissen worden sind, aufzuzeigen. Was auch die letzte Lösung sein mag, die wachsende Hoffnung der Welt liegt in der Beseitigung der internationalen Anarchie und der Herrschaft von Recht und Gerechtigkeit auch in den zwischenstaatlichen Beziehungen. Die neutrale Konferenz glaubt daher der berechtigten Hoffnung Ausdruck geben zu können, daß mit dem Ende dieses Krieges durch verschonende Bedingungen und durch die Schaffung einer internationalen Rechtsordnung der Grund zu einem dauerhaften Frieden für die Menschheit gelegt werden wird.

Su Osters 1916. Neutrale Konferenz, Stockholm.

Im Abendblatt bemerkt das „A. T.“ hierzu:

„Im heutigen Morgenblatt haben wir ein Manifest der sogenannten Neutralen Konferenz in Stockholm, die in erster Linie von den Mitgliedern der Ford-Expedition veranlaßt ist, wiedergegeben. Dieses Manifest stellt eine Reihe von „Bedingungen“ auf, die nach Ansicht seiner Verfasser bei einem Friedensschlusse maßgebend sein müßten. Es drückt, wie besonders erklärt wurde, die bescheidene Ansicht Privater“ aus, ist aber nicht allein aus diesem Grunde keine geeignete Grundlage für ernsthafte Diskussionen. Die Forderung, daß die elsaß-lothringische Frage in Wiedererwägung gezogen werde“, genügt, um dem Schriftstück die erstrebte Bedeutung zu nehmen, denn daß auf deutscher Seite niemand an eine „Wiedererwägung“ denkt, braucht man ja wohl nicht erst zu betonen. Auch der Punkt „Grenz- und Gebietsveränderungen zwischen Italien und Oesterreich, soweit als möglich unter Berücksichtigung des Nationalitätenprinzips“, kann, angesichts der österreichisch-italienischen Kriegslage, nicht ernst genommen werden, und aus der ganzen Fassung des Manifestes ergibt sich, trotz der Bemerkungen über Polen, die Rückgabe der deutschen Kolonien usw., der Eindruck, daß seine Urheber vor allem Verfall bei den Westmächten, bei England, Frankreich und Italien, gesucht haben. Diese Erkenntnis scheint sich auch einem Teil der Konferenzteilnehmer aufzudrängen, wie aus folgendem Privat-Telegramm sich ergibt:

„Politiken“ meldet, daß innerhalb der Ford-Konferenz Uneinigkeit hinsichtlich des geitern an die Regierungen abgegebenen Manifestes entstanden sei. Ein Teil der Mitglieder wollte das Manifest nicht unterzeichnen. Viele skandinavische Mitglieder hätten die Absicht, aus der Ford-Konferenz auszutreten. In Stockholm wird allgemein das Gerücht verbreitet, daß Ford in Stockholm eine tägliche friedensaktivistische Zeitung herausgeben wolle. Sie führe den Namen „Sturmglode“. Der Redakteur steht, wie seinerseits mitgeteilt, wegen Hochverrats unter Anklage. Das Ford-Konferenz-Manifest, das Anspruch auf Unparteilichkeit erhebt, verlangt unter anderem die Internationalisierung der Dardanellen, ohne dabei daselbe von Gibraltar, dem Suezkanal und dem Panamakanal zu verlangen.

Der hier, in dem Telegramm, zuerst erwähnte Punkt gehört in der Tat gleichfalls zu den Eigentümlichkeiten, die für den Charakter der Veranstaltung bezeichnend sind. Es wird erklärt, „gewisse Wasserstraßen“ müssen internationalisiert werden, und dann heißt es weiter: „zum Beispiel der Dardanellen und des Bosporus“. Warum „zum Beispiel“ nicht auch „gewisse“ Wasserstraßen, die von England und Amerika beherrscht werden?“

Letzte Nachrichten.

Die Stimme eines serbischen Sozialisten.
Berlin, 20. April. (W. T. B.) Die „Berliner Tagewacht“ veröffentlicht auszugsweise den vierten Bericht, den die Internationale sozialistische Kommission in Bern im Auftrage der Zimmerwalder Konferenz über die internationalen sozialistischen Beziehungen herausgibt. In dieser Veröffentlichung führt der serbische sozialistische Vertreter Kallierowitsch über Serbiens Rolle im Kriege u. a. aus: Die Entente gab Serbien preis, so daß es ganz zu grunde ging. Sie bemühte sich, ihre Haut und ihre Interessen zu retten, die ihr weit wichtiger sind als die Wohlfahrt des serbischen Volkes und dessen nationale Bestrebungen. Serbien wurde auf schreckliche Weise hintergangen. Der große südslawische Staat ist nur ein schöner Traum, mit dem die Entente die serbische Bourgeoisie geschickt einschläfert. Diese hat zusammen mit dem Herrscherhaus, der Regierung und dem Parlament das ganze Schicksal des Landes auf die russische Karte gesetzt und wurde damit ein Anecht Rußlands. Wie Rußland aufspielte, so tanzte das unglückliche Serbien. Dabei hielt Paris den Beutel, Serbien war in Wahrheit der finanzielle Vasall Frankreichs.

Reise Roten-Kreuz-Schwester in russische Gefangenenlager.
Berlin, 20. April. (W. T. B.) Eine Anzahl Schwestern des deutschen, österreichischen und ungarischen Roten Kreuzes, die in Begleitung von Delegierten des dänischen Roten Kreuzes die deutschen Kriegs- und Zivilgefangenen in Rußland besuchen sollen, sind in Berlin eingetroffen, um auf Anregung der deutschen Kreuzverwaltung vor dem noch nicht feststehenden Zeitpunkt der Abreise nach Rußland einige deutsche Gefangenenlager zu besichtigen. Zunächst hat unter Beteiligung von Vertretern der deutschen und österreichischen Roten-Kreuz-Vereinigungen eine Besprechung über die für die Reise in Rußland maßgebenden Gesichtspunkte stattgefunden. Dabei wurde auch der Mitwirkung des russischen Roten Kreuzes an der Durchführung der Reise nach Rußland gedacht und in diesem Zusammenhang dem Beobachter Ausdruck gegeben, daß Mitglieder des Roten Kreuzes bei der Verletzung des russischen Dampfers „Portugal“ verunglückt sind.

Kämpfe der Spanier in Marokko.
Paris, 20. April. (W. T. B.) „Temps“ meldet aus Tanger: Die spanischen Streitkräfte, die von Larach und Agila aufgebrochen sind, um sich mit denen von Tetuan bei Joudai an Djebel zu verschnigen, sind am 18. April bis Ned Klata vorgedrungen. Sie stehen unterwegs auf ernstlichen Widerstand der dortigen Stämme. In den Kämpfen hatten die Spanier 20 Tote, meist Eingeborene. Es wurden mit den Stämmen Verhandlungen eingeleitet. In der Gegend von Tanger herrscht Ruhe.

Gewerkschaftliches.

Die graphischen Gewerbe

gegen die Erhöhung der Tabaksteuer.

Durch die geplante Erhöhung der Tabaksteuer wird, wie frühere Erfahrungen gelehrt haben, nicht nur das eigentliche Tabakgewerbe, sondern darüber hinaus noch mancher andere Industriezweig schwer getroffen. Besonders sind es die graphischen Berufe, in denen nach sachmännischer Berechnung 10—12 000 Arbeitskräfte mit der Herstellung der Hilfsfabrikate für die Tabakindustrie, z. B. von Reklamendruckstücken, Badungen und Ausstattungen, beschäftigt sind, die durch die Tabakbesteuerung schwerer in Mitleidenschaft gezogen sind. Daraus ergibt sich für die beteiligten Organisationen die Pflicht, gleich den Verbänden des Tabakgewerbes schnelle und energische Abwehrmaßnahmen gegen diese die Industrie gefährdende Steuererhöhung in die Wege zu leiten. Dieser Pflicht sind die Vorstände des Verbandes der Buchdrucker, des Verbandes der Lithographen, Steindrucker und verwandten Berufe, des Buchbinderverbandes und des Verbandes der Buch- und Steindruckereihilfsarbeiter und -arbeiterinnen durch eine eingehende und ausführlich begründete Eingabe an den Deutschen Reichstag nachgekommen, in der nachdrücklich auf die Schädigungen des graphischen Gewerbes und die schwere Verwundung der graphischen Arbeiter durch die geplante neue Erhöhung der Tabakgaben hingewiesen wird.

Ferner hat sich der Vorstand des Verbandes der Lithographen und Steindrucker mit dem Schutzverbande deutscher Steindruckereibesitzer in Verbindung gesetzt, um ihn zu einer gemeinsamen Wahrnehmung der gewerblichen Interessen gegen die dem Gewerbe drohende neue Gefahr zu veranlassen. Was in bezug auf die Regelung des Arbeitsnachweises, der Kriegsbeschädigtenfürsorge usw. noch nicht gelungen ist, das konnte erweislich einmal in dieser Angelegenheit erreicht werden: es wurde über die Wahrnehmung der Interessen des Gewerbes gegen den neuen Steuerplan Übereinstimmung zwischen den Organisationen der Unternehmer und der Arbeiter des Steindruckgewerbes erzielt, die in einer gemeinschaftlich unterzeichneten Petition an den Reichstag zum Ausdruck kam.

Unter Berücksichtigung der Kriegsverhältnisse ist also von den graphischen Verbänden alles getan worden, um die dem Gewerbe drohende Gefahr abzuwehren, und es wäre nur zu wünschen, daß die Eingaben ebenso wie die Abwehrmaßnahmen der eigentlichen Tabakarbeiterverbände gegen die neue Besteuerung des Tabaks doch noch von Erfolg begleitet sein möchten.

Berlin und Umgegend.

Die Verhältnisse der Dreher.

In einer Brancherversammlung der Eisen-, Metall-, Revolverdreher und Rundschleifer führte Losi als Branchenleiter unter anderem aus: In den Großbetrieben, die hauptsächlich für die Dreher in Betracht kommen, weil dort vier Fünftel ihrer Kollegen beschäftigt sind, beträgt gegenwärtig der Stundenverdienst mit allen während des Krieges erlangten Zulagen 1,20 bis 1,70 M. In normalen Zeiten stand er auf 0,90 bis 1,20 M. Es ist also eine durchschnittliche Lohnaufbesserung von etwa 40 Proz. erreicht. Das ist im Hinblick auf die gegenwärtigen Lebensverhältnisse kein angemessener Ausgleich, denn die Preise der Lebensmittel sind im Durchschnitt ungefähr um 100 Proz. gestiegen. Aber es gibt auch Betriebe, wo es die Dreher nicht unternommen haben, eine entsprechende Lohn-erhöhung durchzusetzen. Es ist dringend erforderlich, daß die Kollegen, welche nicht für Verbesserungen eingetreten sind, das Versäumnis nachholen. — Der Redner beleuchtete die allgemeinen Verhältnisse und führte dabei aus: Die Unternehmer wissen die durch den bekannten Erlaß der Feldzeugmeisterei stark eingeschränkte Freizügigkeit zu ihren Gunsten auszunutzen. Auch anlässlich von Lohnforderungen ist das geschehen. Es gibt jetzt keinen Grund mehr dafür, daß der Erlaß der Feldzeugmeisterei in allen Einzelheiten, selbst in seinen schärfsten Bestimmungen, aufrechterhalten wird, denn die Verhältnisse, welche den Anstoß zu dem Erlaß gaben, haben sich inzwischen wesentlich geändert. — Auch die Aufhebung gewisser auf die Frauenarbeit bezüglichen Schutzbestimmungen gereicht hauptsächlich den Arbeitnehmern zum Vorteil. Zu den schwersten und anstrengendsten Arbeiten werden Frauen herangezogen. Eine Schädigung der Gesundheit des weiblichen Körpers wird die unausbleibliche Folge davon sein. Der größte Vorteil, den die Unternehmer aus der Frauenarbeit ziehen ist der, daß sie den Frauen nur die Hälfte des Akkordpreises zahlen, den die männlichen Arbeiter für die gleiche Arbeit bekommen. Demgegenüber muß gefordert werden, daß die Frauen bei gleicher Arbeitsleistung auch den gleichen Lohn wie die Männer bekommen.

Durch eine Reihe von Diskussionsrednern wurden die Ausführungen des Redners an Einzelheiten aus den Betrieben bestätigt. — Durch einstimmige Wiederwahl des Branchenleiters Losi beendete die Versammlung ihr Einverständnis mit seiner Tätigkeit.

Deutsches Reich.

Die Kölner Gewerkschaften im Jahre 1915.

Dem Kölner Gewerkschaftsartell waren Ende 1915 47 Gewerkschaften mit insgesamt 9295 Mitgliedern angeschlossen, gegen 15 380 am 31. Dezember 1914 und 31 866 bei Kriegsbeginn. Die Mitgliederzahl hat sich also in 17 Kriegsmonaten um 22 571 oder 70,8 Proz. verringert. An Kriegsfamilien wurden im Jahre 1915 122 000 M. Unterstützung gezahlt, zusammen mit den im Jahre 1914 ausgezahlten 96 000 M. gibt dies bisher 218 000 Mark Kriegsunterstützungen.

Die Kriegswirkungen machen sich natürlich in den Finanzen stark bemerkbar. So betragen die Gesamteinnahmen 715 406,12 M. (gegen 1 306 547,73 M. im Vorjahre), die Gesamtausgaben 612 044,39 M. (gegen 1 137 853,40 M.). Die Mitgliederbeiträge sanken von 774 460,33 M. im Vorjahre auf 356 417,60 M. im Jahre 1915, die Kassenbestände sanken von 168 700 M. auf 103 300 M. An Arbeitslosenunterstützung brachten im Berichtsjahre nur 1123,60 M. gezahlt zu werden (gegen 36 503,25 M. im Vorjahre).

Die Nachfrage nach Arbeitskräften war im Kölner Industriebezirk außerordentlich reger. In einer ganzen Reihe von Berufen konnte teilweise die Nachfrage nach Arbeitern nicht befriedigt werden. Die Unternehmer zogen u. a. Arbeiter aus den besetzten Gebieten Polens und Belgiens heran. Diese billigen Arbeitskräfte wirkten lohnverdrängend. Leider konnten sich die Gewerkschaften dieser ausländischen Arbeiter nicht annehmen, da eine Verordnung des Gouverneurs vom 17. Oktober 1915 anordnete, „Versammlungen von Ausländern, auch wenn sie der Befprechung von Arbeitsverhältnissen eines bestimmten Berufes dienen, sind nicht gestattet“. Zuwandernde wurden mit Gefängnis bis zu einem Jahre bedroht.

Groß war der Zustrom von Arbeiterinnen in die Industrie. Im Oktober 1915 hatten die Kölner Krankenkassen 20 000 weibliche Mitglieder mehr als im Oktober des Vorjahres. In der Metallindustrie beispielsweise stieg die Zahl der Arbeiterinnen von 300 auf über 4000. Sie erzielten Löhne von 25 bis 70 Pf. die Stunde, letztere natürlich durch Akkordarbeit. Im allgemeinen sind die Löhne auch der männlichen Metallarbeiter schon wieder gesunken. Akkordlöhne von 1 bis 1,20 M. für männliche Metallarbeiter sind jetzt die höchsten. Eine Erhebung der Ortsverwaltung Köln des Deutschen Metallarbeiterverbandes räumte schon vor einigen Monaten mit den Rabeln von den angeblich allgemein „viel höheren“ Löhnen als in Friedenszeiten gründlich auf. Im Jahresbericht heißt es: „Die Steigerung haben die Arbeiter aus ihren Knochen herausgeholt.“

Die Nachfrage nach Kriegsbeschädigten war verhältnismäßig groß. Es wurden bei der Kölner Beratungsstelle in 550 Fällen 740 Beschädigte verlangt. In allen Zweigen der Kriegs-fürsorge sind Vertreter der Gewerkschaften tätig. Mit dem Gouvernament mußten zahlreiche Verhandlungen stattfinden, die bewiesen, daß diese militärische Behörde den Willen zur Unparteilichkeit hat. So verbot sie den von den Industriellen geplanten einseitigen Unternehmer-Arbeitsnachweis. Im allgemeinen aber führten die Verhandlungen nicht zu den gewünschten Zielen, und der Druck des Belagerungszustandes lastet schwer auf den Gewerkschaften. Das Versammlungswesen litt auch durch den Mangel an Sälen. Das Gewerkschaftshaus ist schon seit den ersten Kriegstagen von der Militärbehörde als Kasernette und Kaserne in Anspruch genommen.

Ausland.

Aus der Internationale der Holzarbeiter.

Dem Bericht, den Genosse Th. Leipart als Sekretär der Internationalen Union der Holzarbeiter in der neuesten Nummer des in vier Sprachen erscheinenden „Bulletin“ der Union veröffentlicht, entnehmen wir, daß die Internationale Union der Holzarbeiter von allen internationalen Verbindungen der Arbeiter die weiteste Verbreitung gefunden hat. Ihr gehören 47 Verbände an, die sich über 25 Länder erstrecken. Der Krieg brachte wohl eine starke Behinderung der Tätigkeit des internationalen Sekretärs mit sich, aber trotzdem ist die Verbindung mit den angeschlossenen Verbänden dauernd aufrechterhalten worden. Das „Bulletin“ ist während der ganzen Dauer des Krieges erschienen und den Verbänden in allen Ländern nach wie vor zugegangen. Vorwürfe gegen den internationalen Sekretär, die in dem französischen Teil der „Schweizerischen Holzarbeiter-Zeitung“ erhoben wurden, haben in seinem Lande Unterstützung gefunden. Auch der Vorstand des Schweizerischen Holzarbeiterverbandes hat, ebenso wie zahlreiche andere Verbandsvorstände, ausdrücklich sein Einverständnis mit der Leitung der Internationalen Union durch den derzeitigen Sekretär ausgesprochen.

Einen deutlichen Beweis dafür, daß trotz des Krieges der internationale Gedanke bei den Angehörigen der Holzarbeiterorganisationen fortlebt, brachte kürzlich die „Schweizerische Holzarbeiter-Zeitung“. Dort wurden die Antwortschreiben veröffent-

licht, die dem Verbandsvorstand als Antwort auf die Einladung zugegangen waren, die er an alle der Internationalen Union angeschlossenen Verbände zur Teilnahme an dem in Zürich stattfindenden Verbandstag der Schweizerischen Holzarbeiterorganisation gerichtet hatte. Aus diesen Zuschriften ist besonders bemerkenswert, daß auch der Holzarbeiterverband in Belgien trotz aller Schwierigkeiten weiterregistriert. Der Sekretär des Verbandes schreibt:

„... Obgleich unsere Organisationen unter unserem unglücklichen Schicksal schwer zu leiden haben, lassen wir den Mut nicht sinken, im Gegenteil, wir machen alle Anstrengungen, um die geistige Kraft unter unseren Mitgliedern aufrechtzuerhalten. Wir können Euch versichern, daß unsere Organisationen nicht verschwinden werden. Das Vertrauen an eine Zukunft von Freiheit und besserem Dasein hat uns nie verlassen, und voller Hoffnung senden wir unseren Kollegen in der Schweiz die herzlichsten Grüsse. Leider ist es uns ganz unmöglich, an Ihrem Verbandstag teilzunehmen.“

Ein starkes Vertrauen zur Internationalen der Arbeiter spricht aus den Worten, die der Generalsekretär des englischen Holzarbeiterverbandes Alex Goffin an seine Schweizerischen Kollegen richtet:

„Wir senden Euch unsere besten Wünsche für eine erfolgreiche Tagung, und wir glauben ebenso fest an die Macht der Internationalen wie vorher. Wir sehen voraus, daß unser Anteil am internationalen Werk ebenso wichtig für uns alle sein wird, als vor der durch den Krieg verursachten Unterbrechung.“

Wir glauben ebenso wie vorher, daß die Interessen der Arbeiter der ganzen Welt die gleichen sind, und daß wir gegen die gemeinschaftliche Unterdrückung des Kapitalismus vereint bleiben müssen.“

Diese Worte sind in hohem Maße erfreulich; geben sie doch die Gewähr, daß dieser langdauernde furchtbare Krieg den internationalen Gedanken nicht getötet hat. Sie sind ein schöner, aber keineswegs der einzige Beweis dafür, daß die internationalen Verbindungen der Arbeiter, die der Krieg zwar erschwert hat, nicht abgebrochen sind. Das Bewußtsein, daß die Interessen der Arbeiter der ganzen Welt die gleichen sind, ist in den Herzen der Arbeiter aller Länder so fest verankert, daß wir um die Zukunft der internationalen Beziehungen zwischen den Arbeiterorganisationen ohne Sorge sein können. (2)

Aus Industrie und Handel.

Von der vierten Kriegsanleihe waren bis zum 18. April, dem ersten Pflichtzahlungstermin für 30 Proz., insgesamt 8 127,9 Millionen Mark, das heißt 75,9 Proz. der Gesamtzeichnung von 10 712 Millionen Mark eingezahlt.

Kriegsgewinne.

Die Schwäbischer Honigwerke und Zuckerraffinerie A. G. in Bad Schwanau b. Lüneburg verscherten an ihre Aktionäre für 1 Million Mark (Nominalwert) Gratisaktien. Sie erhöhen ihr Aktienkapital von 1 auf 2 Millionen Mark und benutzen ihren „Betriebsmittel-Verstärkungsfonds“ dazu, um die neuen Aktien an ihre Aktionäre kostenlos abgeben zu können.

Die Deutschen Ton- und Steinzeugwerke in Berlin-Charlottenburg verteilen aus 1 116 894 M. Reingewinn (i. V. 731 842 M.) 9 Proz. Dividende (i. V. 5 Proz.).

Der Aplerbecker Aktien-Verein für Bergbau in Solde (Westf.) konnte sich von dem Rückfalle des Jahres 1914 im Vorjahre wieder erholen. Er erhöhte seine Dividende von 3 auf 6 Proz.

Bei den Oubersischen Eisenwerken zu Weylar stieg der gesamte Umsatz von 24,4 auf 33,8 Millionen Mark. Der Menge nach ist aber nur die Eisensteinförderung und die Robeisenproduktion gestiegen. Dagegen wurden geringere Mengen gefördert bzw. produziert von: Kohlen, Koks, Bricketts, Kalkstein, Gußwaren, Zement, Schlackensteine. Dies ist das typische Bild der für Heeresbedürfnisse arbeitenden Gesellschaften: Rückgang der Produktion von Waren für friedliche Zwecke, Steigerung der Produktion von direktem oder indirektem Kriegsmaterial. Diese Verschärfung ist aber in der Regel für die betreffende Gesellschaft geschäftlich von Vorteil. So kann auch die Oubersische Gesellschaft diesmal 5 Proz. Dividende verteilen, während im Vorjahre die Aktionäre leer ausgingen.

Die Deutsch-Oesterreichische Bergwerks-Gesellschaft in Dresden verteilt auf 18 Millionen Aktienkapital wieder 2 160 000 M. = 12 Proz. Dividende.

Die Feldmühle Papier- und Zellstoffwerke, Akt.-Ges. in Berlin, erhöhen ihre Dividende von 6 auf 8 Proz.

Die Maschinensabrik vorm. August Paschen, Akt.-Ges. in Röhren, verteilt 8 Proz. Dividende (i. V. 6 Proz.).

Die Hedderheimer Kupferwerke und Süddeutsche Kabelwerke, A.-G. in Frankfurt a. M., erhöhten: die Abschreibungen von 365 859 auf 1 482 261 M., den Reingewinn von 1,3 auf 2,1 Millionen Mark und die Dividende von 7 auf 10 Proz.



NEUESTE MODEN
In großer Wahl
Anzüge
Überzieher
Beinkleider
für Herren, Jünglinge, Knaben
Billige Preise!
Modernste Maßanfertigung

BAER SOHN
Chausseestraße 2/30 BERLIN II Brücken-Strasse 11
Gr. Frankfurt. Str. 20 oogr. 189. Schöneb., Hauptstr. 10
Kerfrelling 12-2 Uhr geöffnet



Herzog zu Lauenburg
3 Pf. Cigarette
WILANDE BRESLEN

Durch die **Auflösung einer Kleiderfabrik** ist es mir gelungen, das Gesamtlager, bestehend aus Herren-, Jünglings- und Knaben-Garderoben sehr preiswert zu erstehen. Niemand versäume, bei Bedarf sich hiervon zu überzeugen!
A. Ringel, Schneidermeister, Berlin N. 31, Chausseestr. 31.

Der echte **Kapitän-Kautabak** wirkt erfrischend und belebend im Felde, zu haben in den meisten Geschäften. (Al. Dosen selbst umsonst.)
C. Röder, Berlin, Grüner Weg 111 (Rgt. 3861).

Cigaretten!

Vor der neuen Steuer:
1 1/2 Pf. 1000 St. ... 7.25 (1A)
Dies sind Schuß v. d. Srt. b. 5 Pf.-Cig.
2 1/2 Pf. 1000 St. ... 9.25 (1B)
3 1/2 " " " und 12.75 (1C)
5 " " " und 17.50 (1D)
Preisentabak Pfd. 1.40.
Sortim. 700 Cigaretten | 12 M.
und 1 Pfd. Tabak | franko.
Verkauf u. Versand von 100 St. an.

Günstigste Gelegenheit f. Wiederverkäufer und Private. Versand nur gegen Nachnahme. Sendungen ins Feld, 1 Pfund-Feldpostpakete 300 Cigaretten n. Wunsch, nur gegen Voreinsendung des Betrages. Einzelstückmuster und Preislisten werden nicht versandt.
Geöffnet von 8-8 Uhr. Sonntags von 8-10 u. 12-2.

A. Hoffmann, Berlin N 24, Elsassstr. 49. Telefon Norden 9783.

Central-Haus Jägerstr. 13 I.

Conc. Leihhaus

Verantw. Redakt.: Alfred Wetzig, Neuföln. Inverantw. verantw. Th. Glöde, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts-Verlag, u. Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin SW. Hierzu 2 Beilagen u. Unterhaltungsbeil.

„Vorwärts“-Leser erhalten 10 Proz. extra.

Das Schätzungsamtsgesetz

nach den Kommissionsbeschlüssen.

Die mit der Vorberatung des Entwurfs eines Schätzungsamtsgesetzes betraute Kommission des Abgeordnetenhauses hat die Vorlage in erster Lesung beraten und sie nach verschiedenen Richtungen hin einer gründlichen Verringerung unterzogen. Wenn auch über manche Bestimmungen, z. B. über die Gestaltung und Zusammenfassung des Schätzungsamtes für Groß-Berlin eine Einigung zwischen Regierung und Kommission erzielt ist, so bestehen doch über andere Punkte noch weitgehende Meinungsverschiedenheiten. Das gilt z. B. für die Grundzüge, nach denen die Schätzung zu erfolgen hat. Die Regierung hatte absichtlich von der Einarbeitung spezieller Schätzungsgrundzüge in das Gesetz Abstand genommen, weil die in den einschlägigen Gesetzen enthaltenen besonderen Normen über die Wertermittlung gewahrt werden müssen, wenn das Gesetz seinen Zweck erfüllen soll. Unter lebhaftem Widerspruch der Regierung hat jedoch die Kommission bestimmte Grundzüge in das Gesetz hineingearbeitet, und zwar soll die Schätzung im allgemeinen auf die Ermittlung des gemeinen Wertes gerichtet sein, aber es soll daneben auch der Boden- und Baumwert sowie der Ertragswert berücksichtigt werden. Etwas für die Zukunft zu erhoffende Wertsteigerungen sollen nur dann in Betracht kommen, wenn die Voraussetzungen, auf welchen sie beruhen, schon zur Zeit der Schätzung zweifellos feststehen. Ob es mit diesen Bestimmungen gelingen wird, den Zweck des Gesetzes zu erfüllen und der ungeliebten Spekulation in Grund und Boden Einhalt zu gebieten, erscheint zum mindesten fraglich.

Zum Widerspruch fordert auch die Bestimmung heraus, daß im Gegensatz zu der Regierungsvorlage, die gewerbmäßige Vermittler von Grundstücks- und Hypothekengeschäften überhaupt nicht zu Mitgliedern eines Schätzungsamtes bestellt werden sollen, die Kommission den Beschluß gefaßt hat, solche Personen nach Anhörung der zuständigen Handelskammer, Handwerkskammer oder Landwirtschaftskammer und unter Zustimmung des Regierungspräsidenten zuzulassen. Baugewerkschaften, die sich nicht ausschließlich mit dem Erwerb von Grundstücken zur eigenen Bebauung und Wiederbebauung betreffen, können ohne weiteres Mitglieder eines Schätzungsamtes werden.

Die Frage, ob auch die Steuerbehörden an die Schätzungen der Schätzungsämter gebunden sein sollen, hat die Kommission vorläufig verneint, hauptsächlich deshalb, um dem Steuerzahler den ihm durch die Steuererhebung gesicherten Rechtsweg bis zum Oberverwaltungsgericht hin nicht zu versperren. Dagegen soll der von einem Schätzungsamt festgesetzte gemeine Wert eines Grundstücks für das Schätzungsamt überall da maßgebend sein, wo durch Behörden eine Schätzung des gemeinen Wertes vorzunehmen ist. Zweck Anlegung von Mündelgeldern soll die Schätzung von Grundstücken in Zukunft nur noch durch ein Schätzungsamt oder bei ländlichen Grundstücken durch eine landwirtschaftliche (ritterchaftliche) Kreditanstalt erfolgen dürfen. Mündelgelder können, statt wie bisher innerhalb der ersten Hälfte, in Zukunft bis zu 60 Proz. des Wertes städtischer Grundstücke angelegt werden, falls der Ertrag die Zinsen des Kredits zu mindestens 1/2 übersteigt.

Einen bestimmten Termin für das Inkrafttreten des Gesetzes hatte die Regierungsvorlage nicht vorgesehen. Sie wollte das einer künftigen Verordnung überlassen. Demgegenüber hat die Kommission beschlossen, daß es frühestens zwei Jahre nach Friedensschluß, spätestens am 1. Juli 1921 in Kraft treten soll, daß jedoch die Inkraftsetzung provinzweise früher erfolgen kann, falls in der betreffenden Provinz eine Stabschefschaft in Wirksamkeit getreten ist.

Die Kommissionsbeschlüsse enthalten noch so viele Unstimmigkeiten und so mancherlei Widersprüche, daß sie in der nach Ostern beginnenden zweiten Lesung wesentlich umgestaltet werden müssen, wenn aus dem Entwurf etwas Brauchbares werden soll.

Politische Uebersicht.

Keine Friedensangebote.

Amtlich. Berlin, 20. April. (W. Z. S.) Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ schreibt: „Erneut sind Gerüchte von Friedensangeboten unserer Feinde in Umlauf gesetzt worden. Es wird z. B. behauptet, daß von russischer Seite Schritte zur An-

Zum Alkoholverbot in Rußland.

Wina,

Die Spottfigur des trinkenden und ewig betrunkenen russischen Bauern ist aus den deutschen Blättern ziemlich verschwunden. Rußland selbst hat sie mit dem anfänglich allerdings bespöttelten Alkoholverbot daraus vertrieben. In deutschen militärischen Kreisen würdigt man das Verbot als eine der nicht unwichtigen russischen Kriegsvorbereitungen. Die Urteile über den Grad des günstigen Einflusses, den das Verbot auf die Kriegstüchtigkeit der russischen Armee im Gefolge hatte, schwanken naturgemäß. Keine einzige Stimme vernahm ich jedoch, nach welcher der Entzug des Alkohols die kriegerische Leistungsfähigkeit der russischen Soldaten herabgemindert hätte. Die erzwungene Enthaltung soll nicht nur in ihrer Gesamtwirkung die kriegerische Tüchtigkeit, sondern auch den Gesundheitszustand unserer östlichen Kriegsgegner günstig beeinflussen. Solche Urteile hörte ich von vielen Offizieren an der Front und bei einer großen Reihe von Städten, bei der Infanterie, der Artillerie und der Kavallerie.

Die den Alkoholentzug als im allgemeinen und besonders für Rußland günstig beurteilenden Offiziere machen allerdings in der Regel eine kleine Einschränkung. Im Winter könne man den Alkohol für die deutschen Truppen an der Front, im Schützengraben, auf Wachtposten, für Fahrer und Reiter nicht ganz entbehren. Bei strenger Kälte bedürften sie besten als Erwärmungs- und Beheizungs-mittel. Aber es genügt, wenn der Alkohol in Form von Rum als Zusatz zu Tee gegeben werde. — Bemerkenswert ist hier, daß bei den Städten an der Front nach meinen Beobachtungen im allgemeinen verhältnismäßig wenig getrunken wird.

Günstige Urteile über die Wirkungen des Alkoholentzuges hörte ich weiter von einem deutschen Offizier, der bis zum Ausbruch des Krieges und zwar über ein Jahrzehnt lang, als Verwalter einer Reihe von großen Gütern in Kurland tätig war, ferner von einem bei Nowo gefangenen russischen Offizier. Beide versicherten, daß die russische Armee ohne den Alkoholentzug nicht den über die erwarteten kräftigen Widerstand geleistet haben würde. Ein ungeheurer Alkoholenuss würde die Truppen in ihrer kriegerischen Tüchtigkeit erheblich geschwächt haben. Ueber dieselbe Frage sprach ich mit vielen Gefangenen aus verschiedenen Rekrutierungsgebieten. Alle erklärten mir, daß die Soldaten die Alkoholabstinenz gut überstanden hätten. Von nachteiligen Folgen wußte niemand etwas zu berichten. Allerdings trüben hätten viele ihren gewohnten Schnaps und sie wären gierig darauf gewesen, irgendwo irgendwie etwas von dem berauscheden Getränk zu erwischen.

Von entscheidender Wichtigkeit bei der Beurteilung der Wirkung des Alkoholverbotes sind nun zweifellos die folgenden Fragen: Stand das Verbot nicht lediglich auf dem Papier? Oder ist es im wesentlichen durchgeführt worden? Beugte sich die Regierung mit dem Verbot oder traf sie Maßnahmen, seine Umgehung zu verhindern? Bei der Beantwortung dieser Fragen schöpfe ich nachfolgend aus

bahnung von Verhandlungen unternommen worden seien. Wir stellen fest, daß an hiesigen amtlichen Stellen von solchen Schritten nichts bekannt ist. Alle diese Gerüchte beruhen auf Erfindung.

Die „Deutsche Tageszeitung“ über die Sicherung der Reichstagsrechte.

Die „Deutsche Tageszeitung“ schreibt:

„Einige Blätter melden, die Sozialdemokratische Arbeitsgemeinschaft habe zum Haushaltsplan des Reichstages zwei Anträge eingebracht, von denen der eine Vorkehrungen gegen eine Beeinträchtigung der Redefreiheit, der andere die Sicherstellung wahrheitsgetreuer Berichterstattung über die Reichstagsverhandlungen gegenüber der Zensur verlangt. . . .

In einem linksliberalen Blatte wird ausgeführt, daß die Anträge nur als Mißtrauenskundgebungen gegen die Geschäftsführung des Präsidenten betrachtet werden könnten. Das ist zutreffend; zum Mißtrauen liegt nach unserer Ueberszeugung nicht der geringste Anlaß vor. Das erwähnte liberale Blatt meint weiter mit Recht, die Sozialdemokratische Arbeitsgemeinschaft werde sich täuschen, wenn sie glaube, Änderungen der Geschäftsordnung im Sinne Ledebours und Liebknechts durchsetzen zu können, eher konnte sich der Reichstag entschließen, die Befugnisse des Präsidenten in bezug auf die Wahrung der Ordnung und Würde des Hauses zu verengen und zu erweitern. Wir haben vor kurzem dargelegt, daß der Präsident in den Händen der letzten Tage von seinen Befugnissen mit erfreulicher Entschiedenheit Gebrauch gemacht hat. Diese Befugnisse gehen auch weiter, als man im allgemeinen annimmt. Der Präsident ist jetzt schon in der Lage, ohne vorherige Ordnungsrufe einen Abgeordneten bei gröblichem Verstoß gegen die Ordnung des Hauses sofort von der Sitzung auszuschließen; und er ist nicht gezwungen, irgendeinem Abgeordneten das Wort zur Geschäftsordnung unter allen Umständen zu erteilen. Wir haben aber durchaus nichts dagegen, wenn man diese Befugnisse noch verstärkt und erweitert. Auf welche Weise das geschehen könne, wollen wir heute nicht erörtern. Sollten die erwartenden Anträge der Sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaft zu diesem Ziele führen, so würde sich wieder einmal das Wort von der Kraft, die das Volk will und das Gute schafft, in erfreulicher Weise bewahrheiten.“

Es wird sich ja bei der Verhandlung der Anträge zeigen, wessen die Reichstagsmehrheit fähig ist. Entlarvt sie sich wirklich als Beschützer eines präsidialen Willkürregiments und der Vergewaltigung der Rechte der Abgeordneten, so trägt sie damit nur zur wirksamen Beleuchtung unserer Zustände bei, die in den Massen nicht ohne die notwendige Gegenwirkung bleiben wird.

Das Kartoffelproblem.

In der „Rölnischen Volkszeitung“ (Nr. 819 vom 19. April) finden wir folgende Zuschrift aus dem Kreise Altenkirchen (Westertal):

„Neuerdings hat die Regierung wieder Verordnungen erlassen, die verhindern sollen, daß über eine gewisse, für jedes Stück Vieh genau vorgeschriebene Höchstmenge hinaus Kartoffeln veräußert werden. Der Zweck dieser Verordnungen, vor allem die für die menschliche Ernährung notwendigen Kartoffelmengen sicherzustellen, verdient Anerkennung. Leider scheint aber in manchen ländlichen Bezirken die Lage so zu sein, daß Kartoffeln in großem Umfang verfüttert werden müssen, wenn sie nicht nutzlos verkommen sollen, weil — ganz entgegen der Absicht der neuen Regierungsverordnung — infolge von Maßnahmen der unteren Verwaltungsbehörden ihre Zuführung an die Verbraucherbezirke zur menschlichen Nahrung erschwert bzw. in vielen Fällen tatsächlich verhindert wird. Wenigstens kann man in unserem Kreise noch immer von Landwirten die Klage hören, daß sie ihre überschüssigen Erzeugnisse, namentlich auch Kartoffeln, nicht verkaufen können, weil ihre Ausfuhr aus dem Kreise verboten sei. Ein Landwirt klagte mir: „Ich weiß nicht, wie ich meine Kartoffeln bewerten soll, wenn ich nicht noch ein paar Schweine ein-

stelle, sie also verfüttere, denn verkaufen kann ich sie nicht. Nicht einmal meiner in der Umgegend von Köln wohnenden Tochter darf ich Kartoffeln liefern. In unserem ländlichen Kreise ist kein Mangel an Kartoffeln, warum soll ich sie also nicht nach außen halb verkaufen dürfen, wo man Kartoffeln dringend nötig hat und sie von den Städten um 6 M. und mehr für den Zentner kaufen muß? Ich wäre mit einem viel billigeren Preise zufrieden.“ So mein Gewährsmann. Ich möchte ja gern annehmen, daß er sich irrt, aber ähnliche Klagen habe ich auch sonst gehört. Da ist doch wohl die Frage berechtigt: Wie steht es mit den Ausführungsverboten der Kreise? Bestehen sie überhaupt noch zu Recht? Und wenn ja, ist es nicht Zeit, sie aufzugeben, nachdem ich herausgestellt hat, daß sie das Land ebenso benachteiligen wie die Städte und anderen Verbrauchsbezirke, namentlich aber den guten Absichten der neueren Regierungsverordnungen im Wege stehen?“

Es ist vor Monaten schon bekannt geworden, daß unter diesen Anordnungen der Verwaltungsbehörde besonders die Städte des Rhaingaus litten. Ähnliche Anordnungen sind seinerzeit auch von den Landräten von Koblenz und Mayen ergangen. Ob die benannten Bestimmungen heute noch bestehen, wissen wir nicht, im Kreise Altenkirchen ist es, wie die obige Zuschrift zeigt, zum Schaden der Konsumenten immer noch der Fall.

Die Fleischmarke im Herzogtum Sachsen-Altenburg.

In Konsequenz der für Thüringen errichteten Viehhandelsgesellschaft ist für das Herzogtum Sachsen-Altenburg durch Ministerialverordnung der Fleischverbrauch geregelt. Danach darf Fleisch an Verbraucher nur gegen Marken abgegeben werden. Die Verkäufer haben durch Ablieferung der Marken in den vom Kommunalverband angeordneten Zeitabschnitten nachzuweisen, daß das Fleisch nur gegen Marken abgegeben ist. Auch die Abgabe von Fleisch auf dem Wochenmarkt unterliegt dem Markenzwang. Die Kommunalverbände haben für die Ein- und Ausfuhr von Fleisch eine Anzeigepflicht einzuführen. Die Fleischmarken werden einheitlich für acht Wochen mit auf diese Zeit beschränkter Gültigkeit ausgegeben. Am 29. April ist der Warenbestand nach Geschäftschluß aufzunehmen, am 1. Mai tritt die Fleischkarte in Kraft.

Der holländische Frauentag.

Amsterdam, 17. April. (Fig. Ver.)

Der holländische Frauentag stand heuer im Zeichen einer besonderen Kampfesstimmung. Denn der Frauentag, von der sozialistischen Fraueninternationale vor allem als Demonstration für die Rechte der proletarischen Frau gedacht, war diesmal ein Propagandatum von aktueller Bedeutung für die Genossinnen Hollands.

Enthält der von der Regierung der Kammer vorgelegte Entwurf auf Verfassungsänderung auch keine feste und verbindende Formel für das Frauentagsrecht, so ist darin doch — von dieser Stelle zum erstenmal für Holland — die prinzipielle Anerkennung des politischen Grundrechts für die Frau ausgedrückt. Es ist erst ein vages Versprechen und eine Aussicht — aber die sozialistischen und allen Anschein nach auch die bürgerlichen Frauen, sind entschlossen, alle Kraft einzusetzen, um der offiziellen theoretischen Anerkennung auch die praktische Durchsetzung ihres Rechtes folgen zu lassen.

So wurde denn der geistige Frauentag, dem eine äußerst tüchtige Propaganda vorgearbeitet hatte, zu einer wirkungsvollen Betonung des proletarischen Frauenwillens, dessen Ernst und Kraft sich denn auch allenthalben in einer Massenbeteiligung der Frauen ausdrückte. Neben dieser Kundgebung für die politische Gleichberechtigung galt die Demonstration der Frauen Hollands diesmal in ganz besonderem Maße der Betonung der internationalen Solidarität und der Friedensidee, und überall, wo sie zur Ausdrucks kamen — so namentlich nach der Verlesung des Schreibens von Clara Zetkin in der Amsterdamer Versammlung — fanden sie ein begeistertes, demonstratives Echo. Auch gedachten die Redner und Rednerinnen mit warmer Anerkennung der sozialdemokratischen Frauen neutraler und kriegshühner Länder, namentlich in Deutschland und Oesterreich, die trotz aller Schwierig-

wortlich ist für den Tod und die Gesundheitsstörung vieler Menschen.

Wie ist das Alkoholverbot in der russischen Armee durchgeführt worden, und welche Wirkungen hatte für sie der Entzug des Alkohols? Das ist die entscheidende Frage bei der Beurteilung der Zweckmäßigkeit der zur Erörterung stehenden Maßnahme. Nach den Urteilen und Gutachten, die ich in dieser Frage eingegeben habe, sowie nach meinen eigenen Beobachtungen bin ich zu der Ueberszeugung gelangt, daß der Abschluß des Alkohols nur in ganz bescheidenem Umfang zum Verkauf bringen konnte. In welchem Maße von der Zuführungsmöglichkeit Gebrauch gemacht worden ist, entzieht sich meiner Beurteilung.

Die Kommunalverwaltungen hatten die Befugnis, den Ausschank von Bier zu gestatten. Im litauischen und polnischen Operationsgebiet (nördlich der Weichsel) ist, soweit ich erfahren konnte, nirgends Bier ausgechenkt worden. In den Hotels gab es Wein und Liköre für die Offiziere, nicht aber für die Masse der Soldaten. Die vorhandenen Mengen von gewerblichem, kosmetischem und medizinischem Spiritus, wenn sie zu erlangen waren, erlaubten sicherlich keinem größeren Kreise von Personen anschaufende Trinkorgien. In den breiten Abschnitten zwischen den Städten und den Kampfzonen war es sogar für die Offiziere schwierig, Wein oder Spiritus zu bekommen. Ein Birt in Wina erklärte mir, daß Offiziere für eine Flasche gewöhnlichen Kognaks bis 50 Rubel geboten hätten.

Die russischen Offiziere, die nach Ostpreußen kamen, konnten sich für die unerschwingliche Mänternacht an den dort gefundenden Vorräten entschlagen. Selbstverständlich beruhten auch die in Ostpreußen eingedrungenen russischen Soldaten ihren mehr oder minder lange gekenterten Alkoholgehüsten freien Lauf zu lassen. Sie fanden Entgegenkommen bei Wirten und Händlern. Durch öffentliche Bekanntmachung, unter Androhung schwerer Strafen — sogar Todesstrafe — unterlagten die russischen Militärkommandanten der Zivilbevölkerung jedoch sofort jegliche Verabfolgung von Branntwein an die Soldaten. Solche Bekanntmachungen, deren ich mehrere gemeldet hab., sah ich in Jasterburg, Ullist, Wemel ufm. Leider sahen die russischen Kommandanten sich dazu veranlaßt, das Verbot, Branntwein zu verabfolgen, mehrmals und verächtlich zu wiederholen und auch Strafen gegen Nichtachtung ihrer Bekanntmachung zu verhängen.

Die Masurenschlacht warf die Russen über die Grenze zurück. Ich untersuchte Duzende von den auf den Schlachtfeldern liegenden geliebten russischen Feldflaschen. In keiner fand ich eine Spur von Alkohol. Tee oder Wasser war darin. Auf verschiedenen Schlachtfeldern jenseits der deutschen Grenze setzte ich meine Untersuchungen fort. Aus keiner der russischen Feldflaschen strömte mir Alkohol aus entgegen. Ich kam nach Grajewo, nach Suwalki, nach Biala, nach Mlowa, nach Augustowo, später nach Schaulen, Koffienh, Sibau, Aowro, Wina, und den vielen kleineren Orten in Polen, Litauen und Kurland; überall bekam ich auf meine Fragen die Auskunft: hier gab es bisher weder Schnaps noch Bier!

teilen am Frauenlog und am internationalen Gedanken unbetretlich festhielten.

In Amsterdam wurden in zwei der größten Säle der Stadt Versammlungen abgehalten. Es sprachen überall Redner und Rednerinnen; denn, wie der Parteivorstand in der Amsterdamer Versammlung hervorhob, sei das Frauenwahlrecht nicht Sache der Frauen allein, sondern als sozialdemokratische Forderung, Sache der ganzen Partei. — Unter den Argumenten, die Redner und Rednerinnen für das politische Recht der Frau anführten, fand jenes, das die Frauen und Mütter als die besten Anwälte des Friedens, als unerbittliche und natürliche Streiterinnen gegen den Krieg erscheinen läßt, den stärksten Widerhall. — In allen Versammlungen wurde eine gleichlautende, auf die Frauenrechtswahlforderung bezügliche Resolution angenommen. — Die Amsterdamer Versammlungen beschloß ein Umzug durch die Hauptstraßen der Stadt. Der rüstige Zug mit den Laufenden mit roten Schleifen geschmückten, singenden und demonstrierenden Frauen bot ein prächtiges, Aufsehen erregendes Bild. Auch die Nachrichten aus den größeren Provinzialstädten deuten alle auf einen vollen Erfolg des holländischen Frauentages.

Aus der Partei.

Zum Vorwärtskonflikt.

Das „Bochumer Volksblatt“, das kürzlich erst den Parteivorstand gegen die jetzt entlassenen Redaktionen der „Nieder-rheinischen Arbeiterzeitung“ scharf gemacht hatte, nimmt jetzt erneut seine „partei fördernde“ Tätigkeit auf; diesmal gegen die Berliner Genossen. Anschließend an dem im Vorwärtskonflikt gefassten Beschluß des Berliner Parteivorstandes fordert es den Parteivorstand auf, das Zentralorgan zum Werkzeug der Politik der Fraktionsmehrheit zu machen. Es schreibt:

Die Resolution des Berliner Parteivorstandes ist die beste Rechtfertigung des Vorgehens des Parteivorstandes. Sie spricht aus, daß der Parteivorstand den Versuch unternommen hat, das Zentralorgan der Partei zum Werkzeug der Politik der Fraktionsmehrheit zu machen. Es schreibt:

Das ist die Pflicht des Parteivorstandes. Der Berliner Parteivorstand spricht damit zugleich aus, daß die Redaktion des „Vorwärts“ es ablehnt, das Zentralorgan der Partei im Sinne der Fraktionsmehrheit zu redigieren. Man muß sich zur richtigen Würdigung der Sachlage nur des in der Resolution dorthin veranschauligten Umstandes erinnern, daß die Politik der Fraktionsmehrheit zugleich die Politik des Parteivorstandes und des Parteiausganges ist. Inzwischen, gewiß! Aber wer sind die Berliner, die sich hinter den „Vorwärts“ stellen? Doch auch nur Inzwischen. Zum Heberflut aber haben sich auch die Organisationen im Reich, die zu den Streitfragen Stellung genommen haben, mit überwältigender Mehrheit für die Politik ausgesprochen, die der Parteivorstand vertritt. Soweit also bisher bestimmte Anhaltspunkte zur Bildung eines Urteils vorliegen, kann gesagt werden, daß eine große Mehrheit der Partei die Politik der Fraktionsmehrheit billigt. Alle gegenteiligen Behauptungen gründen sich lediglich auf Vermutungen und stellen nichts als Wünsche derer dar, die solche Behauptungen aufstellen.

Folglich ist der Parteivorstand selbst nach der Darlegung des Berliner Parteivorstandes vollkommen im Recht, ja, er würde sich einer schweren Pflichtverletzung schuldig machen, wenn er nicht gegen die Redaktion des „Vorwärts“ einschritte. Es ist selbstverständlich die Aufgabe des Zentralorgans einer Partei, die Politik dieser Partei zu vertreten. Und im Streitfalle darüber, welche Politik die richtige ist, entscheidet selbstverständlich bei uns immer die Mehrheit.

Allerdings sucht der Berliner Parteivorstand sein unangenehmes, statutenwidriges, den Parteinteressen widersprechendes und die Pflichten des Parteivorstandes völlig verkennendes Verhalten damit zu bemänteln, daß er behauptet, die Parteipolitik siehe im stofflichen Widerspruch zu den Parteigrundlagen, Parteitraditionen und den internationalen Pflichten der Sozialdemokratie. Das darf der Berliner Parteivorstand natürlich ebensowenig behaupten, wie es Wehring, Nadel, Kühle, Liebrich, Pannekoek, Thalheimer und andere Heimer behaupten. Nur darf er nicht erwarten, daß politisch urteilsfähige Leute diese einseitige Behauptung von 22 teils voreingenommenen, teils schlecht unterrichteten Leuten als eine politische Offenbarung und als einen gültigen Beweis ansehen. Andere Leute denken eben anders. Doch wir sind gern bereit, und dem Urteile eines Parteitagess formell zu unterwerfen. Die Opposition möge sich mit uns in der Forderung vereinen, daß schleunigst ein Parteitag veranstaltet werde, vielleicht:

— Ich erkundigte mich bei den Militärbehörden, hörte niemals, daß erhebliche Mengen Trinkenmitteln gefunden worden seien. Das gilt auch von Kowno und Wilna, wie eine Anfrage bei den Gouvernements bestätigten wird. In Kowno sah ich zwei bestrafene Zivilisten. Die Klünderung von Apotheken, Drogerien und Parfumerien hatte ihnen das Raubmittel verschafft. Einige angekrankte Polen aus Wilna verdankten ihren Kauf der Spenden einer Brauerei, die nach dem Einzug der Deutschen wieder in Betrieb gesetzt worden war und ihre Vorräte auf den Markt brachte. In Kowno gab es nach dem Fall der Festung einige Bierfässer. Aus den bisher verschlossenen Kellereien einer niedergebrannten Brauerei wurde das dort in großen gefüllten Fässern lagernde Gebräu in Eimern, Kannen und Tonnen von Soldaten und Zivilisten herausgeholt. Kurz nach dem Einzug der Deutschen gab es jedoch fast überall im besetzten Gebiet deutsches Bier. — Selbst bei vorläufigem Urteil lassen die Beobachtungen und Feststellungen die Schlussfolgerungen zu, daß die russischen Soldaten Alkohol nur in sehr bescheidenen Mengen erlangen konnten, sie sich mithin des Genußes alkoholischer Getränke fast gänzlich enthalten mußten.

Nun bleibt die Frage zu beantworten: welche Wirkungen hatte die erzwungene Enthaltensamkeit oder die völlige Enthaltensamkeit grenzende Kärglichkeit? Unzweifelhaft bewies die russische Armee bisher eine größere Widerstandskraft, als man ihr in weiten Kreisen zugetraut hatte, und sie ist weniger von Seuchen heimgesucht worden, als man nach den bisherigen Erfahrungen glaubte voraussetzen oder befürchten zu müssen. Seuchen haben weiter auch bei der Zivilbevölkerung in dem besetzten Gebiet keinen verderblichen Umfang annehmen können. Ihre Verminderung oder Eindämmung ist ohne Zweifel in hervorragender Weise den sanitären Maßnahmen der deutschen Militärbehörden zu danken. Aber nicht diese Maßnahmen haben die russische Armee vor dem niederwühlenden Wüten von Infektionskrankheiten beschützt. Daß die russischen Truppen die Gefahr der Seuchen nicht bürden und bitterer zu kosten bekamen, muß auf andere Ursachen zurückzuführen sein.

Es liegt mir fern, die harthäufige Widerstandskraft der russischen Truppen, ihre Kriegstüchtigkeit und ihre guten Gesundheitsverhältnisse lediglich als Folgen des Alkoholverbots erscheinen lassen zu wollen. Aber die Annahme, daß die herausgestellten Umstände in einem gewissen Zusammenhang stehen, daß sie wenigstens einen Teil von Ursache und Wirkung darstellen, wird man als zu kühn nicht gut abweisen können. Und wenn man dem Alkoholverbot bei den russischen Soldaten nur einen bescheidenen Anteil an der Leistungsfähigkeit zuweist, die sie in diesem Kriege bewiesen haben, dann kann man den Wert des Alkoholverbotes und der Alkoholbekämpfung nicht leicht über Gebühr einschätzen. — Verschiedentlich habe ich das Urteil: das Alkoholverbot der russischen Regierung war eine Tat, es war eine ihrer besten Kriegsvorbereitungen! Sollte das, was sich im Kriege als vortrefflich erwiesen hat, für das bürgerliche Leben ein Unheil bedeuten?

W i l h e l m D a w i d

in der Form, wie er in Oesterreich verboten abgefaßt wurde, kann wird es sich ja zeigen, wie die Partei über die Politik ihrer Beauftragten urteilt. Bis dahin aber haben die verlästerten Instanzen zu handeln und wir hoffen, sie werden sich durch keinen blinden Lärm davon abhalten lassen, ihre Pflicht zu tun.

Wir glauben gern, daß es den Wünschen einiger rechtsstehender Redaktionen entspricht, jetzt unter dem Belagerungszustand einen Parteitag abzuhalten. Daß wir uns aber mit Entschiedenheit dagegen wenden, haben wir schon vor einiger Zeit dargelegt; wir glauben aber auch, daß diese Idee in den Parteioptionen sehr wenig Anklang finden wird.

Arbeitsnachweis. — Sparzwang für Jugendliche.

Beide Angelegenheiten beschäftigten eine Konferenz der Berliner Gewerkschaftsvorstände. Ueber

Fragen des Arbeitsnachweises

referierte Eugen Bräuner. Er verwies auf die hinsichtlich der paritätischen Arbeitsnachweise von den Gewerkschaften gefassten Beschlüsse und zeigte, daß Kräfte am Werk sind, welche dahin streben, daß der berechnete Einfluß der Berufsangehörigen auf ihre paritätischen Arbeitsnachweise ausgeschaltet und diese unter eine rein bürokratische Verwaltung gestellt werden. Soweit Berlin in Frage kommt, verkörpern sich diese Bestrebungen im Zentralverein für Arbeitsnachweis, besonders in der leitenden Person desselben, Dr. Freund. Als sich der paritätische Arbeitsnachweis der Buchbinder im Jahre 1908 dem Zentralverein angeschlossen, wurde in den Satzungen bestimmt, daß das Kuratorium des Arbeitsnachweises die Beamten wählt und die Anstellungsbedingungen festsetzt. 1913 traten die Schneider dem Zentralverein bei. Da wurde die Bestimmung aufgenommen:

Das Kuratorium setzt die Anstellungsbedingungen fest und wählt die Beamten. Diese bedürfen der Bestätigung durch den Vorstand des Zentralvereins.

Eine weitere Verschärfung trat 1914 ein, als sich der paritätische Arbeitsnachweis für das Gastwirts-gewerbe dem Zentralverein angeschlossen. Da wurde bestimmt:

Die Beamten werden auf Vorschlag des Kuratoriums vom Vorstand des Zentralvereins angestellt.

Eine ähnliche Bedingung sollte dem Arbeitsnachweis der Holzindustrie auferlegt werden, der neuerdings dem Zentralverein beigetreten ist. Doch die Holzarbeiter sind damit nicht einverstanden. Sie verhandeln wegen dieser Bedingung noch mit dem Zentralverein. Später traten dann die Schuhmacher wegen ihres Anschlusses an den Zentralverein in Verhandlung. In diesem Falle will der Vorstand des Zentralvereins für sich allein das Recht in Anspruch nehmen, die Beamten anzustellen und die Anstellungsbedingungen festzusetzen ohne jede Mitwirkung der Berufsvertreter. Auch in diesem Falle sind die Verhandlungen noch nicht abgeschlossen. So wird also der Einfluß der Organisationen auf ihre Arbeitsnachweise von Fall zu Fall immer weiter zurückgedrängt und eine rein bürokratische Verwaltung durch den Zentralverein eingeführt. Das können die Gewerkschaften in keinem Falle billigen, denn wenn ein Arbeitsnachweis seine Aufgaben in befriedigender Weise erfüllen soll, müssen die Vertragsparteien, welche den paritätischen Arbeitsnachweis eingerichtet haben und die Verhältnisse des Gewerbes kennen, einen bestimmenden Einfluß auf die Arbeitsvermittlung haben.

Dieselbe Tendenz, welche der Zentralverein auf dem Gebiet der paritätischen Arbeitsnachweise befolgt, macht sich auch bemerkbar bei der neuerdings für die Arbeitsvermittlung an die aus dem Kriege heimkehrenden Arbeiter eingerichteten Zentralauskunftsstelle für Berlin und die Provinz Brandenburg. Hier wollte der von Dr. Freund geleitete Verband männlicher Arbeitsnachweise die alleinige Leitung der Geschäfte an sich bringen. Es hat manchen Kampf gekostet, um das zu verhindern. Der Redner besprach die verschiedenen behördlichen Erlasse, welche in dieser Angelegenheit ergangen sind, sowie die Verhandlungen mit den betreffenden Instanzen, die schließlich dahin geführt haben, daß die Meldungen der offenen Stellen und der Arbeitsuchenden seitens der einzelnen Arbeitsnachweise nicht an den Verband männlicher Arbeitsnachweise, sondern an die Zentralauskunftsstelle für Berlin und die Provinz Brandenburg zu richten sind.

Weiter behandelte der Redner die statistische Bearbeitung der an die Zentralstelle abzugebenden Meldungen der Arbeitsnachweise. Den Arbeitsnachweisen wird durch diese Meldungen, zu denen sie durch behördliche Verordnungen gezwungen sind, eine große Arbeitslast auferlegt. Wenn dieser Zwang beibehalten wird, dann würden die Gewerkschaften auf andere seit Jahrzehnten von ihnen freiwillig ausgeführte statistische Arbeiten Verzicht leisten müssen, was aber nicht zu wünschen wäre. Die Verhandlungen über die Art der Erledigung der zwangswise statistischen Arbeiten sind noch nicht abgeschlossen.

Die allgemeinen Forderungen der Gewerkschaften hinsichtlich der paritätischen Arbeitsnachweise fasste der Redner zusammen in der folgenden Resolution, die einstimmig angenommen wurde:

Die am 18. April im Gewerkschaftshaus versammelten Vorstände der Gewerkschaften erklären in Verfolg der Gewerkschafts-kongressbeschlüsse nach wie vor die Errichtung und den Ausbau paritätischer Arbeitsnachweise freundlich gegenüber zu stehen. Die Regelung der Arbeitslosenvermittlung ist neben der Arbeitslosenunterstützung eine der wichtigsten Aufgaben. Nur ein gut funktionierendes, von Arbeitgebern und Arbeitnehmern gemeinsam verwalteter Arbeitsnachweis ist in der Lage, bei Anknüpfung von Arbeitskräften und bei großem Andrang von Arbeitslosen eine regelrechte Vermittlung und Verteilung der Arbeitskräfte vorzunehmen. Schließen sich dann die Arbeitsnachweise zwecks Austausch von offenen nicht zu besetzenden Stellen zu einem Verband (Zentralauskunftsstelle) zusammen, so ist damit die höchste örtliche Form der Organisation gegeben.

In Verfolg dieses ihres prinzipiellen Standpunktes halten es die Vertreter für selbstverständlich, daß entsprechend dem Begriff Parität

1. an der Verwaltung Arbeitgeber und Arbeitnehmer gleichmäßig beteiligt werden,
2. daß den beteiligten Organisationen die Wahl und Einstellung der Arbeitsvermittler zusteht,
3. daß die im Wirtschaftsleben gemachten Erfahrungen praktisch verwertet werden.

Von diesen Leitlinien ausgehend, weisen daher die Versammelten alle Versuche, die Arbeitsnachweise zu rein bürokratischen Einrichtungen zu gestalten, Arbeitgebern und Arbeitnehmern das Recht bei der Einstellung der Vermittler zu nehmen, auf das entschiedenste zurück. Die Vermittler sollen und müssen die Lage der betreffenden Berufe genau kennen, müssen mit den Eigentümlichkeiten derselben vertraut sein und müssen zu gleicher Zeit Vertrauenspersonen der an dem Nachweis Beteiligten sein. Dieses sind sie nicht mehr, wenn den Beteiligten der Einfluß auf die Einstellung nicht mehr zusteht.

Die Versammelten richten daher an die Gemeinden, die Zuschüsse zu den Kosten der Arbeitsnachweise leisten, das dringende Ersuchen, die Arbeitsnachweise in diesem Sinne auszugestalten, ferner an die Gemeinde Berlin das dringende Ersuchen, ihren Einfluß im Zentralverein für Arbeitsnachweise geltend zu machen, die Versuche des Herrn Dr. Freund, den Beteiligten den Einfluß zu nehmen, zurückzuweisen. Die Arbeitsnachweise sind zu ihrer Bedeutung nur durch die tatkräftige Mithilfe der Arbeitgeber- und Arbeitnehmerorganisationen gelangt. Die Versammelten erwarten, daß ihnen die Freude der Mitarbeit im Interesse der Entwicklung der Arbeitsnachweise durch bürokratische Maßnahmen nicht genommen wird.

Ueber den

Sparzwang der Jugendlichen

fürste Adolph Cohen unter anderem aus: Wer eigentlich hinter dem Erlaß des Oberkommandos vom 18. März steht, konnte nicht festgestellt werden. Verschiedene Körperschaften, von denen man annehmen konnte, daß sie ihren Einfluß im Sinne des Erlasses geltend gemacht hätten, haben sich mehr oder weniger als nicht mit demselben einverstanden erklärt. Es kann angenommen werden, daß die Zentralstelle für Jugendfürsorge mindestens die Anregung zu der Sparzwangsverordnung gegeben hat. Aber die Arbeit, die jetzt durch die Verordnung notwendig geworden ist, will die Zentralstelle für Jugendfürsorge nicht übernehmen. — Als der Erlaß der Verordnung geplant war, wurde der Ausschuß des Gewerbegerichts über diese Angelegenheit befragt. Der Ausschuß hat sich einstimmig gegen die Einführung des Sparzwanges erklärt. Arbeitgeber und Arbeitnehmer waren darin einer Meinung: es liege kein Grund vor, den Sparzwang ganz allgemein einzuführen, weil von einem weitverbreiteten Mißbrauch des Arbeitsverdienstes durch die Jugendlichen keine Rede sein könne. Wenn in einzelnen Fällen Mißbrauch getrieben werde, so genüge ein Eingreifen in den betreffenden Einzelfällen. — Der Einpruch des Ausschusses des Gewerbegerichts gegen den Sparzwang ist unbeachtet geblieben. Ebenso der Einpruch der großen Unternehmerverbände. Es ist nur gelungen, einige der ursprünglich geplanten Bestimmungen des Erlasses zu mildern. Daß die Ausführung der Verordnung eine ungeheure Arbeit verursacht, ersieht man daraus, daß allein in der Stadt Berlin 90 000 Jugendliche wohnen, auf welche die Verordnung anzuwenden ist. Nach § 8 des Erlasses kann von den zwangswise gesparten Geldern unter gewissen Umständen ein Teil an die Sparer oder ihre Angehörigen ausgezahlt werden. Anträge auf Auszahlung sind für die in Berlin Wohnenden an das Vormundschaftsamt der Stadt Berlin zu richten. In jedem einzelnen Falle muß geprüft werden, ob die Anträge begründet sind. Die hierzu notwendigen Recherchen sollen nach einer mit der zuständigen städtischen Instanz getroffenen Vereinbarung von den Gewerkschaften und Angestelltenverbänden ausgeführt werden, soweit ihre Mitglieder oder deren Angehörige als Sparer in Frage kommen und in Berlin wohnen. Die Recherchen für die Nichtorganisierten hat man verlust, anderen Stellen zu übertragen: dem nationalen Frauendienst, der Zentralstelle für private Wohlfahrtspflege und der Deutschen Zentrale für Jugendfürsorge. Die letztere hat sich zur Übernahme der Recherchen unter der Voraussetzung bereit erklärt, daß die Arbeiten unter den Gewerkschaften ausgeführt werden. Die Zentrale für Jugendfürsorge will sich also auch in diesem Falle wieder mit fremden Federn schmücken und in der Öffentlichkeit mit Arbeiten plagen, die anders geleistet haben. Dazu geben sich die Gewerkschaften nicht her. — Was die Ausführung der Recherchen bei den Mitgliedern ihrer Angehörigen anlangt, so bedeutet dieselbe für die Gewerkschaften natürlich eine große Arbeitslast. Aber sie muß übernommen werden, um die wirtschaftlichen Störungen, welche der Sparzwang in zehntausenden von Familien hervorruft, möglichst auszugleichen und den Gewerkschaftsmitgliedern in dieser schweren Zeit der Teuerung die notwendigen Existenzmittel zugänglich zu machen, die ihnen durch den Sparzwang zum Teil entzogen werden. Diese Arbeiten können nicht anderen, dem Arbeiterleben fernstehenden Leuten überlassen werden.

Die Konferenz erklärte sich mit der Ausführung der Recherchen durch die Gewerkschaften in dem von Cohen befristeten Umfang einverstanden.

Säuglingssterblichkeit in Preußen.

Von den vielen kleinen Menschen, die Tag für Tag geboren werden, machen auch viele das Leben gar nicht lange mit. Angeborene Schwäche oder sonstige Mängel, weit mehr aber unzureichende oder unpassende Nahrung, ungeschickte Wartung, Ansteckung mit Krankheitserregern durch die eigenen Angehörigen oder andere Einwirkungen, die von außen kommen, sind Schuld, daß eine ungeheure große Zahl der kleinen Kinder in recht kurzer Zeit sterben müssen. Nur verhältnismäßig wenige Familien sind es, die nicht Kinder in recht zartem Alter verloren haben; bei manchen waren es mehr, bei manchen weniger, die so ganz klein herausgestorben sind. Wie viele sind es nun, sagen wir „gewöhnlich“, die sterben, bevor sie der Mutterbrust oder der Milchflasche entwöhnt sind? Nehmen wir dabei an, daß die „Entwöhnung“ mit Vollendung des ersten Lebensjahres erfolgt, was ja nicht immer der Fall ist; aber die Statistiker fassen unter dem Begriff „Säuglinge“ die kleinen Kinder im ersten Lebensjahre zusammen und wir müssen uns wohl oder übel an diese Begriffsbestimmung halten.

Also, wie viele solcher Säuglinge sterben von je 1000, die geboren wurden? Ihre Zahl ist sehr ungleich, je nach der Verhältnisse, um die es sich handelt, nach der beruflichen und sozialen Stellung der Eltern, dem Bitterungscharakter des Jahres usw. In ganz Preußen starben gegen das Ende der 70er Jahre, im Durchschnitt der Jahre, 1876—1878, 203 von je 1000 Kindern, bevor sie das erste Lebensjahr vollendet hatten. Langsam, sehr langsam, sank hierauf die Zahl der auf je 1000 Geborenen im Jahre entfallenden Säuglingssterbefälle. 1901 bis 1908 waren es durchschnittlich 189, 1904 bis 1906 187, 1907 bis 1909 168 und 1910 bis 1912 164. Die Durchschnittsziffer für die Jahre 1910 bis 1912 ist durch das Sijge-jahr 1911 sehr ungünstig beeinflusst. In den Jahren 1901 bis 1908 trafen durchschnittlich nur 14 Sterbefälle weniger auf je 1000 in derselben Zeit geborene Kinder als von 1876 bis 1878. Im Durchschnitt der Jahre 1910 bis 1912 starben dagegen von je 1000 Geborenen um 25 weniger als im Durchschnitt der Jahre 1901 bis 1908. Diese Zahlen sind ein Beweis dafür, daß in den letzten wenigen Jahren, die dem unheilvollen Kriege vorausgingen, die Fürsorge für das Leben der kleinen Kinder bedeutende Fortschritte gemacht hat als vordem in Jahrzehnten. Wie viel mag dazu beigetragen haben die von unserer Partei geführte Propaganda und Tätigkeit zum Schutze des Lebens im allgemeinen und zum Schutze der besitzlosen Bevölkerungsklassen im besonderen! Darüber kann uns die Statistik freilich keine Auskunft geben, aber wir wissen, daß wie sehr viel Verdienst an dieser Wendung zum Besseren haben. Der Krieg hat auch die Abnahme der Säuglingssterblichkeit wieder unterbrochen und es ist ihr wieder eine Zunahme gefolgt, die nach den bisher vorliegenden Statistiken recht beträchtlich ist. Doch, diesen Gegenstand wollen wir diesmal nicht näher besprechen.

Vor dem Krieg war die Zahl der auf je 1000 Geborenen treffenden Säuglingssterbefälle innerhalb des preussischen Staates gebietsweise auffallend verschieden. Im ganzen weist der Nordwesten des Staates die geringste und der Osten die größte Säuglingssterblichkeit auf. Bei der Unterschiede in der wirtschaftlichen Entwicklung, in der Lebensweise und der Intelligenz der Bevölkerung des Nordwestens und des Ostens kennt, der wird sich über diese Unterschiede nicht wundern. Doch zum Beweise wollen wir Zahlen anführen.

Weniger als 150 von 1000 Geborenen starben im Jahresdurchschnitt der Periode 1904—1912 in den Provinzen Schleswig-Holstein, Hannover und Hessen-Nassau, in den Regierungsbezirken Minden und Arnsberg der Provinz Westfalen, sowie in den Regierungsbezirken Koblenz und Trier der Rheinprovinz. Ueber 150, aber weniger als 200 Säuglingssterbefälle trafen auf je 1000 geborene Kinder in dem Rest der Rheinprovinz und Westfalen, ferner in den Bezirken Erfurt, Rostin, Berlin (171), Allenstein und Posen, die ziemlich verstreut liegen, wegen das Gebiet der geringsten Kindersterblichkeit in der Hauptsache zusammenhängend ist. Mehr als 190 bis 236 Säuglinge starben von je 1000 Geborenen in den Provinzen Brandenburg, Westpreußen und Schlesien; in den Bezirken Magdeburg und Merseburg der Provinz Sachsen; in den Bezirken Stettin und Straßburg von Pommern; in den Bezirken Königsberg und Gumbinnen in Ostpreußen und endlich in den Bezirken Bromberg und Sigmaringen. Am

*) Wir folgen hier dem Tabellenwerk: Statistische Beiträge für die Darstellung der Säuglingssterblichkeit in Preußen. Herausgegeben vom Auguste-Viktoria-Haus in Charlottenburg.

größten war die durchschnittliche Säuglingssterblichkeit in den Bezirken Breslau (238 Sterbefälle auf 1000 Geborene), Liegnitz (222), Stettin (220), Straßburg (215) und Danzig (213).

Stark auffallend sind die Unterschiede in der Säuglingssterblichkeit, wenn man sie nach der Berufskategorie und der sozialen Stellung der Eltern betrachtet. Im Jahresdurchschnitt von 1908 bis 1912 starben vor Vollendung des ersten Lebensjahres verhältnismäßig die meisten Kinder von häuslichen Dienstmägden und in der persönlichen Dienstleistung tätigen Personen und verhältnismäßig die wenigsten Kinder von höheren öffentlichen Angestellten und Angehörigen der freien Berufe.

In den drei Hauptberufsklassen Landwirtschaft, Industrie, Handel und Verkehr weisen die Säuglinge der Selbständigen und der technisch und kaufmännisch vorgebildeten Angestellten eine geringere Sterblichkeit auf als die Säuglinge der Arbeiter. In der Landwirtschaft ist in 19 von insgesamt 87 Bezirken die Säuglingssterblichkeit bei der Klasse der Selbständigen geringer und in 18 Bezirken ist sie höher als bei der Klasse der Angestellten. In der Industrie wie im Handel und Verkehr sterben dagegen von den kleinen Kindern der Selbständigen mehr als von den kleinen Kindern der Angestellten.

Bei der Klasse der gelehrten Arbeiter bleibt in der Industrie die Säuglingssterblichkeit in vier Bezirken unter jener der selbständigen Betriebsinhaber zurück (die Bezirke Osnabrück, Trier, Aachen und Marienwerder). In der Hauptberufsklasse Handel und Verkehr trifft daselbst zu in den Bezirken Trier und Kassel. Im allgemeinen aber sterben von je 1000 Säuglingen der gelehrten Arbeiter mehr als von ebenso vielen Säuglingen der Selbständigen.

Die Sterblichkeit der unehelichen Säuglinge ist in allen Bezirken größer als die eheliche Säuglingssterblichkeit. Durchschnittlich für eine Reihe von Jahren liegen leider nicht vor, sondern nur Angaben für einzelne Jahre. In dem günstigsten Jahre 1912 schwankte die eheliche Säuglingssterblichkeit in den einzelnen Bezirken zwischen 88 und 192 (auf 1000 Geborene berechnet), die uneheliche Säuglingssterblichkeit aber bewegte sich zwischen 145 und 399. Am größten war die Sterblichkeit der unehelichen Säuglinge im Bezirk Bromberg (399), dann in Marienwerder (351), Gumbinnen (325), Danzig (315), Bosen (315) und Sigmaringen (306).

In dem sehr ungünstigen Stipendium 1912 bewegte sich die eheliche Säuglingssterblichkeit zwischen 104 in Kurland und 293 in Aachen, die uneheliche Säuglingssterblichkeit jedoch zwischen 196 in Kassel und 445 in Aachen; über 350 betrug sie außerdem in Bromberg (488), Münster (371), Merseburg (361), Danzig (359), Marienwerder (355), Gumbinnen (358) und Köln (351). Zu bemerken ist, daß das abnormale Sommerwetter im Jahre 1912 die Säuglingssterblichkeit im Rheinland besonders ungünstig beeinflusst hat.

Gewöhnlich ist die Säuglingssterblichkeit in den Sommermonaten beträchtlich höher als in der außerordentlichen Zeit, doch überwiegt in einigen Regierungsbezirken in manchen Jahren die außerordentliche Sterblichkeit die sommerliche. Mit der Größe des Unterschiedes zwischen der monatlichen Mindest- und Höchsttemperatur nimmt die Säuglingssterblichkeit zu.

Es ist zweifellos, daß durch die Einführung der Mutterchaftsversicherung und durch Ausgestaltung der Säuglingsfürsorge die Säuglingssterblichkeit stark herabgemindert werden könnte. Die Erfüllung dieser Aufgaben ist dringend.

Soziales.

Die Not der Schauspieler.

In der im „Künstlerhaus“ hier selbst abgehaltenen Delegiertenversammlung der Genossenschaft deutscher Bühnenangehöriger wurden wenig erbauliche Dinge über die Gagenverhältnisse der Schauspieler zur Sprache gebracht. Der Präsident der Genossenschaft, Gustav Kieck, hob hervor: Die große Masse der Schauspieler befindet sich seit Ausbruch des Krieges im schlimmsten Lage. Eine sehr große Anzahl Theaterdirektoren habe es offen ausgesprochen: Die Kriegszeit sei die günstigste Gelegenheit, um die Gagen der Schauspieler dauernd, auch für die Zeit nach dem Kriege, herabzusetzen. Sehr viele Schauspieler seien infolge des Krieges auf die Straße gesetzt oder erhalten eine Gage, bei der sie sich nicht fassen können. Dazu gehörten selbst Hoftheater und gut fundierte, von den städtischen Gemeinden unterstützte Theater. Im Stadttheater zu Kiel seien sämtliche Gagen um 75 Prozent herabgesetzt worden. Der Direktor habe sich in der Bilanzabrechnung 10 800 M. Gage für seine Bemühungen berechnet; notorischen Künstlern zähle er 140 M. monatliche Gage. Ganz ähnliche Verhältnisse herrschen beim Volkstheater in Wien, beim Volkstheater in München, ja selbst beim Hoftheater in Weiningen. In diesem seien sämtliche Schauspieler bis auf den Direktor gekündigt und ihnen anheimgestellt worden, zu Kriegszwecken zu spielen. In Würzburg erhalten die Kapellmeister des Stadttheater, Künstler ersten Ranges, seit Kriegsausbruch 100 bzw. 60 M. monatlich. Beim Stadttheater in Lauchau zähle der Direktor, der einen glatten Reingewinn von 30 000 M. jährlich erzielt habe und selbst ein Million Vermögen besitze, seinen Schauspielern und Schauspielerinnen geradezu Hungerlöhne. Als eine Anzahl Schauspieler um Aufbesserung der Gagen bitten, habe der Direktor höhnisch erklärt: Wenn Ihr mit Eurer Gage nicht auskommen könnt, dann frecht meinetwegen Gras. (Wohneinhaltsbewegung.) Auch bei den Hoftheatern in Dresden und in Darmstadt herrschten böse Zustände. Dabei machten die Theaterdirektoren trotz des Krieges im allgemeinen geradezu glänzende Geschäfte. Es sei nirgends ein Theaterzusammenbruch vorgekommen. Sehr viel Schuld an diesen Zuständen sei die Indolenz und der Mangel an Solidarität unter den Schauspielern. Wenn die Schauspieler sich fest zusammenschließen und mit einem steifen Rückgrat vor ihre Direktoren treten würden, dann könnten sie die Höhe der zu zahlenden Gagen diktiert. Hoffentlich werde auch das in Aussicht stehende Reichs-Theatergesetz etwas helfen. Die Hauptsache sei und bleibe aber der feste Zusammenschluß der deutschen Schauspieler. (Stürmischer Beifall.) — In der sich anschließenden Erörterung wurden noch viele Mißstände zur Sprache gebracht. Es gelangte schließlich folgende vom Präsidenten Kieck beantragte Erklärung einstimmig zur Annahme:

Die Delegiertenversammlung der Genossenschaft deutscher Bühnenangehöriger bringt einmütig ihre Meinung zum Ausdruck, daß nach nahezu zweijähriger Kriegsdauer und im Hinblick darauf, daß der Geschäftsgang der Theater sich schon geraume Zeit in nichts von dem der Friedenszeit unterscheidet, ferner geklärt auf die bisherigen Erfahrungen der Kriegszeit, nach welcher das Publikum dem Theater kein geringeres Interesse entgegenbringt als zu Friedenszeiten, die Aufrechterhaltung von Gagenreduktionen irgenwelcher Art keinerlei Berechtigung hat.

Berichtszeitung.

Mädchenhandel.

Standalösen Mädchenhandel hat die schon mehrfach wegen Ausspiels verurteilte Friede Klingner betrieben, die gestern in der Berufungsinstantz vor der 5. Strafkammer stand. Das Schöffengericht hatte diese ein sehr unsauberes Gewerbe betreibende Frau zu 2 Jahren Gefängnis verurteilt, weil sie zwei Mädchen, ohne deren Willen, in überbürdige Häuser nach Hamburg und Kiel verschleppt hatte. — Aus prozeduralen Gründen mußte die Strafkammer das erste Urteil abändern und auf eine Gefängnisstrafe von 1 1/2 Jahren Gefängnis erkennen.

Aus aller Welt.

Unfälle durch Granaten. Aus Gdrg wird den Blättern gemeldet: Auf einem bei Belodrom gelegenen Acker arbeiteten mehrere Bauern, als plötzlich eine Granate einschlug und explodierte. Drei Personen wurden getötet, eine verwundet. — In Romon bei Gdrg spielte ein 15jähriger Knabe mit einer Granate, welche plötzlich explodierte und ihm beide

Hände zerschmetterte, die ihm amputiert werden mußten. — Auf der Triester Straße wurde am demselben Tage auch die 40jährige Witwe Soderzie bei der Feldarbeit durch eine einschlagende Granate getötet. Die neben der Bäuerin arbeitende Tochter wurde schwer verwundet.

Niesentalbrand in Rumänien. Der Vorkorridor „Unberful“ meldet, daß in den großen Focsaner Waldungen ein verheerender Brand ausgebrochen sei; der Schaden werde als sehr bedeutend bezeichnet. Bisher seien etwa 80 Hektar niedergebrannt. Es sei noch nicht gelungen, den Brand abzulösen.

Hungertod inmitten von Lebensmitteln. Eine 50jährige Frau in Brasowitz in Rumänien wurde nach einer Meldung der „Vollzeitung“ in ihrer Wohnung verhungert aufgefunden. Diese Todesursache ist um so unverständlicher, als die Wohnung ein förmliches Lebensmittelmagazin darstellte. Die in der Wohnung angekauften Lebensmittel hätten für eine größere Familie auf mehrere Wochen gereicht. Es handelt sich hier offenbar um einen Fall von Kriegsvishose. Ein ähnlicher Fall hatte sich bereits im ersten Kriegsjahre dort ereignet.

Einsturz des Rathauses in Leitmeritz. Am Mittwoch vormittag ist der Mittelbau des altägyptischen Rathauses in Leitmeritz (Böhmen), in dem sich das städtische Gewerbebureau befindet, eingestürzt. Der Schaden ist groß, niemand wurde verletzt.

Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde findet für Abonnenten jeden 3. u. 7. u. 11. u. 15. u. 19. u. 23. u. 27. u. 31. u. 35. u. 39. u. 43. u. 47. u. 51. u. 55. u. 59. u. 63. u. 67. u. 71. u. 75. u. 79. u. 83. u. 87. u. 91. u. 95. u. 99. u. 103. u. 107. u. 111. u. 115. u. 119. u. 123. u. 127. u. 131. u. 135. u. 139. u. 143. u. 147. u. 151. u. 155. u. 159. u. 163. u. 167. u. 171. u. 175. u. 179. u. 183. u. 187. u. 191. u. 195. u. 199. u. 203. u. 207. u. 211. u. 215. u. 219. u. 223. u. 227. u. 231. u. 235. u. 239. u. 243. u. 247. u. 251. u. 255. u. 259. u. 263. u. 267. u. 271. u. 275. u. 279. u. 283. u. 287. u. 291. u. 295. u. 299. u. 303. u. 307. u. 311. u. 315. u. 319. u. 323. u. 327. u. 331. u. 335. u. 339. u. 343. u. 347. u. 351. u. 355. u. 359. u. 363. u. 367. u. 371. u. 375. u. 379. u. 383. u. 387. u. 391. u. 395. u. 399. u. 403. u. 407. u. 411. u. 415. u. 419. u. 423. u. 427. u. 431. u. 435. u. 439. u. 443. u. 447. u. 451. u. 455. u. 459. u. 463. u. 467. u. 471. u. 475. u. 479. u. 483. u. 487. u. 491. u. 495. u. 499. u. 503. u. 507. u. 511. u. 515. u. 519. u. 523. u. 527. u. 531. u. 535. u. 539. u. 543. u. 547. u. 551. u. 555. u. 559. u. 563. u. 567. u. 571. u. 575. u. 579. u. 583. u. 587. u. 591. u. 595. u. 599. u. 603. u. 607. u. 611. u. 615. u. 619. u. 623. u. 627. u. 631. u. 635. u. 639. u. 643. u. 647. u. 651. u. 655. u. 659. u. 663. u. 667. u. 671. u. 675. u. 679. u. 683. u. 687. u. 691. u. 695. u. 699. u. 703. u. 707. u. 711. u. 715. u. 719. u. 723. u. 727. u. 731. u. 735. u. 739. u. 743. u. 747. u. 751. u. 755. u. 759. u. 763. u. 767. u. 771. u. 775. u. 779. u. 783. u. 787. u. 791. u. 795. u. 799. u. 803. u. 807. u. 811. u. 815. u. 819. u. 823. u. 827. u. 831. u. 835. u. 839. u. 843. u. 847. u. 851. u. 855. u. 859. u. 863. u. 867. u. 871. u. 875. u. 879. u. 883. u. 887. u. 891. u. 895. u. 899. u. 903. u. 907. u. 911. u. 915. u. 919. u. 923. u. 927. u. 931. u. 935. u. 939. u. 943. u. 947. u. 951. u. 955. u. 959. u. 963. u. 967. u. 971. u. 975. u. 979. u. 983. u. 987. u. 991. u. 995. u. 999. u. 1003. u. 1007. u. 1011. u. 1015. u. 1019. u. 1023. u. 1027. u. 1031. u. 1035. u. 1039. u. 1043. u. 1047. u. 1051. u. 1055. u. 1059. u. 1063. u. 1067. u. 1071. u. 1075. u. 1079. u. 1083. u. 1087. u. 1091. u. 1095. u. 1099. u. 1103. u. 1107. u. 1111. u. 1115. u. 1119. u. 1123. u. 1127. u. 1131. u. 1135. u. 1139. u. 1143. u. 1147. u. 1151. u. 1155. u. 1159. u. 1163. u. 1167. u. 1171. u. 1175. u. 1179. u. 1183. u. 1187. u. 1191. u. 1195. u. 1199. u. 1203. u. 1207. u. 1211. u. 1215. u. 1219. u. 1223. u. 1227. u. 1231. u. 1235. u. 1239. u. 1243. u. 1247. u. 1251. u. 1255. u. 1259. u. 1263. u. 1267. u. 1271. u. 1275. u. 1279. u. 1283. u. 1287. u. 1291. u. 1295. u. 1299. u. 1303. u. 1307. u. 1311. u. 1315. u. 1319. u. 1323. u. 1327. u. 1331. u. 1335. u. 1339. u. 1343. u. 1347. u. 1351. u. 1355. u. 1359. u. 1363. u. 1367. u. 1371. u. 1375. u. 1379. u. 1383. u. 1387. u. 1391. u. 1395. u. 1399. u. 1403. u. 1407. u. 1411. u. 1415. u. 1419. u. 1423. u. 1427. u. 1431. u. 1435. u. 1439. u. 1443. u. 1447. u. 1451. u. 1455. u. 1459. u. 1463. u. 1467. u. 1471. u. 1475. u. 1479. u. 1483. u. 1487. u. 1491. u. 1495. u. 1499. u. 1503. u. 1507. u. 1511. u. 1515. u. 1519. u. 1523. u. 1527. u. 1531. u. 1535. u. 1539. u. 1543. u. 1547. u. 1551. u. 1555. u. 1559. u. 1563. u. 1567. u. 1571. u. 1575. u. 1579. u. 1583. u. 1587. u. 1591. u. 1595. u. 1599. u. 1603. u. 1607. u. 1611. u. 1615. u. 1619. u. 1623. u. 1627. u. 1631. u. 1635. u. 1639. u. 1643. u. 1647. u. 1651. u. 1655. u. 1659. u. 1663. u. 1667. u. 1671. u. 1675. u. 1679. u. 1683. u. 1687. u. 1691. u. 1695. u. 1699. u. 1703. u. 1707. u. 1711. u. 1715. u. 1719. u. 1723. u. 1727. u. 1731. u. 1735. u. 1739. u. 1743. u. 1747. u. 1751. u. 1755. u. 1759. u. 1763. u. 1767. u. 1771. u. 1775. u. 1779. u. 1783. u. 1787. u. 1791. u. 1795. u. 1799. u. 1803. u. 1807. u. 1811. u. 1815. u. 1819. u. 1823. u. 1827. u. 1831. u. 1835. u. 1839. u. 1843. u. 1847. u. 1851. u. 1855. u. 1859. u. 1863. u. 1867. u. 1871. u. 1875. u. 1879. u. 1883. u. 1887. u. 1891. u. 1895. u. 1899. u. 1903. u. 1907. u. 1911. u. 1915. u. 1919. u. 1923. u. 1927. u. 1931. u. 1935. u. 1939. u. 1943. u. 1947. u. 1951. u. 1955. u. 1959. u. 1963. u. 1967. u. 1971. u. 1975. u. 1979. u. 1983. u. 1987. u. 1991. u. 1995. u. 1999. u. 2003. u. 2007. u. 2011. u. 2015. u. 2019. u. 2023. u. 2027. u. 2031. u. 2035. u. 2039. u. 2043. u. 2047. u. 2051. u. 2055. u. 2059. u. 2063. u. 2067. u. 2071. u. 2075. u. 2079. u. 2083. u. 2087. u. 2091. u. 2095. u. 2099. u. 2103. u. 2107. u. 2111. u. 2115. u. 2119. u. 2123. u. 2127. u. 2131. u. 2135. u. 2139. u. 2143. u. 2147. u. 2151. u. 2155. u. 2159. u. 2163. u. 2167. u. 2171. u. 2175. u. 2179. u. 2183. u. 2187. u. 2191. u. 2195. u. 2199. u. 2203. u. 2207. u. 2211. u. 2215. u. 2219. u. 2223. u. 2227. u. 2231. u. 2235. u. 2239. u. 2243. u. 2247. u. 2251. u. 2255. u. 2259. u. 2263. u. 2267. u. 2271. u. 2275. u. 2279. u. 2283. u. 2287. u. 2291. u. 2295. u. 2299. u. 2303. u. 2307. u. 2311. u. 2315. u. 2319. u. 2323. u. 2327. u. 2331. u. 2335. u. 2339. u. 2343. u. 2347. u. 2351. u. 2355. u. 2359. u. 2363. u. 2367. u. 2371. u. 2375. u. 2379. u. 2383. u. 2387. u. 2391. u. 2395. u. 2399. u. 2403. u. 2407. u. 2411. u. 2415. u. 2419. u. 2423. u. 2427. u. 2431. u. 2435. u. 2439. u. 2443. u. 2447. u. 2451. u. 2455. u. 2459. u. 2463. u. 2467. u. 2471. u. 2475. u. 2479. u. 2483. u. 2487. u. 2491. u. 2495. u. 2499. u. 2503. u. 2507. u. 2511. u. 2515. u. 2519. u. 2523. u. 2527. u. 2531. u. 2535. u. 2539. u. 2543. u. 2547. u. 2551. u. 2555. u. 2559. u. 2563. u. 2567. u. 2571. u. 2575. u. 2579. u. 2583. u. 2587. u. 2591. u. 2595. u. 2599. u. 2603. u. 2607. u. 2611. u. 2615. u. 2619. u. 2623. u. 2627. u. 2631. u. 2635. u. 2639. u. 2643. u. 2647. u. 2651. u. 2655. u. 2659. u. 2663. u. 2667. u. 2671. u. 2675. u. 2679. u. 2683. u. 2687. u. 2691. u. 2695. u. 2699. u. 2703. u. 2707. u. 2711. u. 2715. u. 2719. u. 2723. u. 2727. u. 2731. u. 2735. u. 2739. u. 2743. u. 2747. u. 2751. u. 2755. u. 2759. u. 2763. u. 2767. u. 2771. u. 2775. u. 2779. u. 2783. u. 2787. u. 2791. u. 2795. u. 2799. u. 2803. u. 2807. u. 2811. u. 2815. u. 2819. u. 2823. u. 2827. u. 2831. u. 2835. u. 2839. u. 2843. u. 2847. u. 2851. u. 2855. u. 2859. u. 2863. u. 2867. u. 2871. u. 2875. u. 2879. u. 2883. u. 2887. u. 2891. u. 2895. u. 2899. u. 2903. u. 2907. u. 2911. u. 2915. u. 2919. u. 2923. u. 2927. u. 2931. u. 2935. u. 2939. u. 2943. u. 2947. u. 2951. u. 2955. u. 2959. u. 2963. u. 2967. u. 2971. u. 2975. u. 2979. u. 2983. u. 2987. u. 2991. u. 2995. u. 2999. u. 3003. u. 3007. u. 3011. u. 3015. u. 3019. u. 3023. u. 3027. u. 3031. u. 3035. u. 3039. u. 3043. u. 3047. u. 3051. u. 3055. u. 3059. u. 3063. u. 3067. u. 3071. u. 3075. u. 3079. u. 3083. u. 3087. u. 3091. u. 3095. u. 3099. u. 3103. u. 3107. u. 3111. u. 3115. u. 3119. u. 3123. u. 3127. u. 3131. u. 3135. u. 3139. u. 3143. u. 3147. u. 3151. u. 3155. u. 3159. u. 3163. u. 3167. u. 3171. u. 3175. u. 3179. u. 3183. u. 3187. u. 3191. u. 3195. u. 3199. u. 3203. u. 3207. u. 3211. u. 3215. u. 3219. u. 3223. u. 3227. u. 3231. u. 3235. u. 3239. u. 3243. u. 3247. u. 3251. u. 3255. u. 3259. u. 3263. u. 3267. u. 3271. u. 3275. u. 3279. u. 3283. u. 3287. u. 3291. u. 3295. u. 3299. u. 3303. u. 3307. u. 3311. u. 3315. u. 3319. u. 3323. u. 3327. u. 3331. u. 3335. u. 3339. u. 3343. u. 3347. u. 3351. u. 3355. u. 3359. u. 3363. u. 3367. u. 3371. u. 3375. u. 3379. u. 3383. u. 3387. u. 3391. u. 3395. u. 3399. u. 3403. u. 3407. u. 3411. u. 3415. u. 3419. u. 3423. u. 3427. u. 3431. u. 3435. u. 3439. u. 3443. u. 3447. u. 3451. u. 3455. u. 3459. u. 3463. u. 3467. u. 3471. u. 3475. u. 3479. u. 3483. u. 3487. u. 3491. u. 3495. u. 3499. u. 3503. u. 3507. u. 3511. u. 3515. u. 3519. u. 3523. u. 3527. u. 3531. u. 3535. u. 3539. u. 3543. u. 3547. u. 3551. u. 3555. u. 3559. u. 3563. u. 3567. u. 3571. u. 3575. u. 3579. u. 3583. u. 3587. u. 3591. u. 3595. u. 3599. u. 3603. u. 3607. u. 3611. u. 3615. u. 3619. u. 3623. u. 3627. u. 3631. u. 3635. u. 3639. u. 3643. u. 3647. u. 3651. u. 3655. u. 3659. u. 3663. u. 3667. u. 3671. u. 3675. u. 3679. u. 3683. u. 3687. u. 3691. u. 3695. u. 3699. u. 3703. u. 3707. u. 3711. u. 3715. u. 3719. u. 3723. u. 3727. u. 3731. u. 3735. u. 3739. u. 3743. u. 3747. u. 3751. u. 3755. u. 3759. u. 3763. u. 3767. u. 3771. u. 3775. u. 3779. u. 3783. u. 3787. u. 3791. u. 3795. u. 3799. u. 3803. u. 3807. u. 3811. u. 3815. u. 3819. u. 3823. u. 3827. u. 3831. u. 3835. u. 3839. u. 3843. u. 3847. u. 3851. u. 3855. u. 3859. u. 3863. u. 3867. u. 3871. u. 3875. u. 3879. u. 3883. u. 3887. u. 3891. u. 3895. u. 3899. u. 3903. u. 3907. u. 3911. u. 3915. u. 3919. u. 3923. u. 3927. u. 3931. u. 3935. u. 3939. u. 3943. u. 3947. u. 3951. u. 3955. u. 3959. u. 3963. u. 3967. u. 3971. u. 3975. u. 3979. u. 3983. u. 3987. u. 3991. u. 3995. u. 3999. u. 4003. u. 4007. u. 4011. u. 4015. u. 4019. u. 4023. u. 4027. u. 4031. u. 4035. u. 4039. u. 4043. u. 4047. u. 4051. u. 4055. u. 4059. u. 4063. u. 4067. u. 4071. u. 4075. u. 4079. u. 4083. u. 4087. u. 4091. u. 4095. u. 4099. u. 4103. u. 4107. u. 4111. u. 4115. u. 4119. u. 4123. u. 4127. u. 4131. u. 4135. u. 4139. u. 4143. u. 4147. u. 4151. u. 4155. u. 4159. u. 4163. u. 4167. u. 4171. u. 4175. u. 4179. u. 4183. u. 4187. u. 4191. u. 4195. u. 4199. u. 4203. u. 4207. u. 4211. u. 4215. u. 4219. u. 4223. u. 4227. u. 4231. u. 4235. u. 4239. u. 4243. u. 4247. u. 4251. u. 4255. u. 4259. u. 4263. u. 4267. u. 4271. u. 4275. u. 4279. u. 4283. u. 4287. u. 4291. u. 4295. u. 4299. u. 4303. u. 4307. u. 4311. u. 4315. u. 4319. u. 4323. u. 4327. u. 4331. u. 4335. u. 4339. u. 4343. u. 4347. u. 4351. u. 4355. u. 4359. u. 4363. u. 4367. u. 4371. u. 4375. u. 4379. u. 4383. u. 4387. u. 4391. u. 4395. u. 4399. u. 4403. u. 4407. u. 4411. u. 4415. u. 4419. u. 4423. u. 4427. u. 4431. u. 4435. u. 4439. u. 4443. u. 4447. u. 4451. u. 4455. u. 4459. u. 4463. u. 4467. u. 4471. u. 4475. u. 4479. u. 4483. u. 4487. u. 4491. u. 4495. u. 4499. u. 4503. u. 4507. u. 4511. u. 4515. u. 4519. u. 4523. u. 4527. u. 4531. u. 4535. u. 4539. u. 4543. u. 4547. u. 4551. u. 4555. u. 4559. u. 4563. u. 4567. u. 4571. u. 4575. u. 4579. u. 4583. u. 4587. u. 4591. u. 4595. u. 4599. u. 4603. u. 4607. u. 4611. u. 4615. u. 4619. u. 4623. u. 4627. u. 4631. u. 4635. u. 4639. u. 4643. u. 4647. u. 4651. u. 4655. u. 4659. u. 4663. u. 4667. u. 4671. u. 4675. u. 4679. u. 4683. u. 4687. u. 4691. u. 4695. u. 4699. u. 4703. u. 4707. u. 4711. u. 4715. u. 4719. u. 4723. u. 4727. u. 4731. u. 4735. u. 4739. u. 4743. u. 4747. u. 4751. u. 4755. u. 4759. u. 4763. u. 4767. u. 4771. u. 4775. u. 4779. u. 4783. u. 4787. u. 4791. u. 4795. u. 4799. u. 4803. u. 4807. u. 4811. u. 481

Frische Eier
20, 22
Stück Pf.

A. Jandorf & Co

Belle-Alliance-Strasse Gr. Frankfurter Strasse Brunnen-Strasse Rottbuser Damm Wilmersdorfer Strasse

Lebensmittel

Verkauft nicht an Wiederverkäufer

Soweit Vorrat

Schollen Pfd. 58,65 Pf.	Sprotten 1/2 Pfund 63 Pf.
Kabeljau ohne Kopf Pfd. 98, 1.10	
Obermoseler Flasche 95 Pf.	
Roter Tischwein Fl. 1.40	
Tarragona Fl. 2.10	

Obst und Gemüse		Räucherwaren	
Apfelsinen Dutz. 98, 1.15	Datteln Pfund 1.10	Sprottbüchlinge 1/2 Pfd. 60 Pf.	Heringe in Tomaten... Dose 1.10
Zitronen Dutzend 48, 55 Pf.	Rote Rüben... 3 Pfund 40 Pf.	Büchlinge 2 Stück 25 Pf.	Bratheringe Dose 1.10
Musäpfel Pfund 38 Pf.	Rhabarber 2 Bund 25 Pf.	Gr. Vollhering. Stück 35 Pf.	Bismarckheringe Dose 1.10
Gr. Essäpfel Pfund 52 Pf.	Spinat Pfund 35 Pf.	Sardinen in Öl, Dose.. 68, 98 Pf.	Filetheringe in Saft Dose 1.10
Feigen Pfund 80 Pf.	Radieschen Bund 10 Pf.	Heringe in Gelee... Dose 88 Pf.	Delikatessheringe a. Gräten Dose 1.00
Stangenspargel 1/4 Dose 1.45	Stangenspargel mittel 1/4 Dose 1.70	Stangenspargel stark 1/4 Dose 1.85	Riesenspargel 1/4 Dose 2.10

Salzheringe Stück 6,12 Pf.	Gem. Marmelade leucht gefärbt III. Sorte Pfund 50 Pf.
Kunsthonig Pfund 48 Pf.	Pudding-Pulver leucht gefärbt Paket 10,12 Pf.
Holländer Käse Pfd. 2.40	Edamer Käse Pfd. 2.40

Herren-Artikel		Hüte	
Krawatten Regatt oder Selbstbinder, neue Muster 95, 1.45, 1.95	Hosenträger Gurt mit Gummirückenstück 1.25, 1.95	Hüte weiche Form, in modernen Farben... 4.90, 5.50	Stroh Hüte mit schwarzem Band garniert... 1.95
Hüte schwarz, steif, moderne Form, „Haarfilz“ 5.50	Sporthemden weiss, mit Schiller- oder Steh-unlegekragen, für Herren... 4.95	Stroh Hüte Matelotform, verschiedene Geflechte... 1.95	Stroh Hüte für Knaben, mit Bandgarnitur... 1.45
Regenschirme f. Herren od Damen, Reine Seide, mit seidenem Futteral, schönes Stocksortiment 5.90		Matrosenmützen mit Schrittband... 1.75	

An die baugewerbl. Arbeiter Berlins und der Vororte!

Nachdem das Resultat der Tarifverhandlungen von den Organisationen der Arbeiter wie auch der Arbeitgeber angenommen worden ist, treten auf allen Arbeitsstellen im Vertragsgebiet **Berlin** rückwirkend von Sonnabend, den 15. April d. J., an die neuen Lohnbedingungen in Kraft. Die höheren Löhne müssen für die Woche vom 15. bis 21. April am Sonnabend, den 22. April, zur Auszahlung kommen.

Der Stundenlohn beträgt:

für Maurer und Zimmerer	95 Pfg.
„Reinertier und Flechter	92 1/2
„Einshaler	85
„Stein- und Kalkträger in ständiger Tagesleistung	93
„Kalkschläger, für Handbetonmischer, für Beton- und Wasserträger, welche den Beton und das Wasser von unten herauf tragen, für Arbeiter bei umfangreichen Arbeiten mit hydraulischen Kalk, ferner für beim Richten sowie an Hebevorrichtungen beschäftigte Arbeiter auf Neubauten, sofern dieselben in ständiger Tagesleistung mit dem Befestigen (Einbinden) des Materials an die Aufzugsvorrichtung beschäftigt oder Helfer an den Ständen sind	78
„gewöhnliche, gelübte Hilfsarbeiter	73
„ungeübte, noch nicht im Baufach tätige gewesene Hilfsarbeiter	68

Deutscher Bauarbeiterverband. Zentralverband der Zimmerer.
V. a.: Otto Hanke. V. a.: Wilh. Witt.
Die Mitglieder des Bauarbeiterverbandes werden zugleich darauf aufmerksam gemacht, dass am Sonnabend, den 22. April (Oster-Sonnabend) alle Bureaus nur vormittags bis 1 Uhr geöffnet sind.
Der Zweigvereinsvorstand.
141/11*

Annahmestellen für „Kleine Anzeigen“

- Berlin C. A. Hahnisch, Kdstr. 174.
- O. Karl Welle, Petersburger Weg 4. R. Wengels, Markstraße 26.
- NO. E. Buch, Dammstraße 12.
- N. A. Wolgast, Wollstraße 9. S. Fischer, Bastianstraße 6.
- Karl Marx, Breitenburger Str. 22. J. Hönisch, Müllerstr. 34a.
- S. Vogel, Loryingstr. 37.
- NW. Salomon Jozsoff, Wilhelmshäuser Str. 48.
- SW. G. Schmidt, Bernauerstr. 42.
- S. St. Preis, Weinstra. 31. S. Lehmann, Rottbuser Damm 8.
- SO. Paul Böhm, Lützowstr. 14/15. P. Horich, Engelstr. 15.
- Adlershof, Karl Schwarzschild, Stenardstr. 23.
- Baumshulenberg, S. Hornig, Marienbader Str. 13, I.
- Borsigwalde, Paul Rieck, Mühlstr. 10.
- Charlottenburg, Gustav Scharberg, Seidenheimer Str. 1.
- Friedrichshagen, Ernst Werkmann, Köpenicker Str. 15.
- Grünau, Franz Klein, Friedrichstr. 10.
- Johannisthal, Max Goussier, Berstr. 23.
- Karlshorst, Hermann Billing, Dönhofsstr. 23.
- Köpenick, Emil Wähler, Rieperstr. 6, Laden.
- Lichtenberg I. Otto Seifert, Gartenbergstr. 1.
- Lichtenberg II. A. Roientraus, Alt-Bogdang 56.
- Neukölln, W. Heintz, Redstr. 2. E. Rohr, Siegfriedstr. 26/27.
- Nieder-Schöneweide, Wilh. Harub, Bräudenstr. 10.
- Nowawes, Karl Krobberg, Eisenbahnstr. 10.
- Ober-Schöneweide, Alfred Bader, Wilhelmshäuserstr. 17, Laden.
- Pankow, Otto Rihmann, Mühlstr. 30.
- Reinickendorf, D. Gurich, Köpenicker Str. 56, Laden.
- Schöneberg, Wilhelm Baumier, Weininger Str. 9 im Laden.
- Spandau, Schubmacher, Weitestr. 64.
- Sieglitz, S. Bernier, Altemstr. 5.
- Tempelhof, Joh. Krohn, Wollstraße 62.
- Treptow, Robert Gramen, Kießholzstr. 412, Laden.
- Weißensee, Gustav Rohlf, Seidener Weg 11.
- Wilmersdorf, Paul Schubert, Wilhelmshäuserstr. 27.

Großer Oster-Verkauf

B. FEDER

bei

Norden: **Brunnenstrasse 1**
Frankfurt-Allee 350
Süd: **Kottbus. Damm 103**
Westen: **Charlottenb., Scharrenstr. 5**
Ecke Wilmersdorfer Strasse

Wer in meinen **KREDIT** in Anspruch
Geschäften nehmen will
hat eine entsprechende Anzahlung zu leisten, die sich nach der
Menge der Kaufsumme und den jeweiligen Vermögensverhältnissen
des Kunden richtet, während der Restbetrag in wöchentlichen
oder monatlichen Ratenzahlungen zu erlösen ist.

In grosser Auswahl:

Herren-Anzüge u. Paletots
Damen-Kostüme, Kleider
Mäntel, Röcke, Blusen
Covercoat-Paletots

Damen-Hüte in den neuesten Formen
Damen-Wäsche, Braut-Ausstattungen
Teppiche, Gardinen, Portieren
Tisch- und Bettdecken, Betten usw.

In besonderen Räumen:
Möbel und Polsterwaren
Vollständige Wohnungs-Einrichtungen
in jeder gewünscht Preislage.

Sofort 3 Mark
erhält dasjenige von seinem Konto ab-
geschriebene, der sich nach geschicktem
Einkauf auf dieses Inserat bezieht.

Gegründet 1876



Verwand nach allen Plätzen Deutschlands.

Möbelfabrik Rob. Seelisch

BERLIN O 112, Rigter Str. 71-73a

empfiehlt gute preiswerte Möbel

Wohnzimmer	203.50, 255.75, 293, 363, 446, 534
Schlafzimmer	242, 322, 360, 429, 495, 553
Speisezimmer	323, 447, 715, 748, 935, 1395
Herrenzimmer	205, 337, 473, 503, 576, 823
Küchen	58.50, 76, 94, 105, 121, 138, 193

Einrichtungen bis 10 000 M.
Illustrierter Katalog Nr. 13 gratis und franko.

Berliner Spar- u. Bauverein
eingetragene Genossenschaft mit beschränkter Haftung.
Sonntag, den 30. April 1916,
vormittags 9 Uhr,
in den
Sophien-Sälen,
C, Sophienstraße 17/18:
**Vierundzwanzigste ordentliche
General-Versammlung.**

Tagesordnung:

1. Erhaltung des Geschäftsberichtes unter Vorlegung der Bilanz nebst Gewinn- und Verlustrechnung für das Jahr 1915.
2. Bericht der Revisionskommission.
3. Beschlußfassung über die Genehmigung der Bilanz und die Verteilung des Gewinnes.
4. Restabrechnung zum 31. März.
5. Beschlußfassung über den Gesamtertrag, den Anteilen der Genossenschaft und Sparanlagen bei ihm nicht übertragenden Teilen.
6. Beschlußfassung über die Ausschüttung von künftigen Gewinnen.

Die Bilanz sowie die Gewinn- und Verlustrechnung für das Jahr 1915 sind in der Geschäftsstelle, Siedingstraße 8, einzusehen. 100/2

Der Vorstand.
E. Schmidt, Ernst Reiser.

**Allgemeine
Orts- Krankenpflege
Berlin - Lichtenberg.
Bekanntmachung.**

Im Nachstehenden geben wir die in der Ausschüttung vom 29. November 1915 beschlossene und vom Stgl. Oberversicherungsamt Groß-Berlin genehmigte Statutenänderung bekannt:

**I. Nachtrag
zur Statutenänderung vom 1./8. No-
vember 1915.**
(Beschl. in der Sitzung des Kassen-
ausschusses am 29. November 1915.)

Am § 84 Absatz 2
a und b Zeile 1 sowie c Zeile
2 ist statt „2 Mk.“ „3 Mk.“ zu
lesen.

Vorstehende Änderung tritt mit dem Tage der Veröffentlichung in Kraft.
298/16
Stn.-Lichtenberg, d. 13. Dezbr. 1915.

**Der Kassenvorstand
der Allgemeinen Orts-Kranken-
pflege Berlin-Lichtenberg.**
O. Seikel, Vorsitzender.
M. Licht, Schriftführer.
Genehmigt.
Charlottenburg, den 14. April 1916.
Königliches Oberversicherungs-
amt Groß-Berlin.
(L. S.)
von Gostkowski.

**Poliklinik für Frauen-
krankheiten**
Neufuß, Hermannstr. 152/153.
Es auf weiteres Sprechstunden:
Montag, Mittwoch, Freitag 8-9.
Dr. G. Bresin, Frauenarzt.

Leihhaus Moritzplatz 58a

kaufen Sie von Kavalieren wenig getragene sowie im Versatz gewesene **Jackett- und Rock-
anzüge, Paletots, Ulster, Serie I: 18-25 M., Serie II: 26-36 M.**, größtenteils auf Seide.
Ferner Gelegenheitskäufe in **neuer Maßgarderobe**, enorm billig. **Riesenposten Kleider,
Kostüme, Mäntel**, auf Seide, jetzt nur **20-35 Mark**. Extra-Angebot in Lombard gewesener
**Teppiche, Gardinen, Portieren, Betten, Wäsche, Brillanten, Uhren und Gold-
waren** zu enorm billigen Preisen.
Vorwärtsleser erhalten 10 % extra.

Die nächste Nummer des „Vorwärts“ erscheint des Karfreitags wegen Sonntag morgen.

Aus Groß-Berlin.

Vom Schwinden des Kindersegens.

Trotz allem Rückgang der Geburtenziffer, den wir im Deutschen Reich bereits seit Jahrzehnten hatten, gibt es immer noch auch Familien mit recht ansehnlichem Nachwuchs.

Für Berlin ist aus dem vom Statistischen Amt der Stadt alljährlich veröffentlichten Tabellenwert über die Bevölkerungsvorgänge zu ersehen, wie stark an der Gesamtzahl der ehelich geborenen Kinder des Jahres die Erstgeborenen, die Zweitgeborenen, die Drittgeborenen usw. beteiligt waren.

Sehr lehrreich ist nun eine Vergleichung der Ergebnisse von 1913 mit denen früherer Jahre. Es war nicht immer so in Berlin, daß schon die Erst- und Zweitgeborenen zusammen die Mehrzahl bilden.

Sieht man von den Anteilziffern ab und betrachtet die Städte jeder Gruppe für sich, so fällt auf, daß nur die Erstgeborenen in 1913 gegenüber 1893 keine Minderung hatten. Sie brachten es noch auf 11 861, gegenüber damals 11 182, aber dabei ist zu beachten, daß inzwischen in Berlin mit der Einwohnermehrung auch die jährliche Zahl der neugeborenen Ehen, die ja ausschlaggebend für die Erstgeburt ist, sich geändert hat.

Die neuen Höchstpreise für Rindfleisch. Endlich sind die Höchstpreise festgesetzt worden. Im Großhandel sind die Preise nach 9 Klassen abgestuft.

Die Einteilung der verschiedenen Fleischteile sowie die Preise sind ebenfalls etwas eigenartig. Die Bezeichnung „Keule ohne besondere Knochenbeilage“ ist schlecht gewählt.

Keule werden so aufgehauen bzw. zugeschnitten werden, daß sich der Käufer über zu wenig Knochen nicht zu beklagen hat. Bei der Fleischknappheit sind die meisten froh, nur etwas zu bekommen, und hüten sich, viel Wünsche usw. zu äußern, da sie befürchten, sonst überhaupt nichts zu bekommen.

Auch beim städtischen Schweinefleisch-Verkauf haben sich Methoden herausgebildet, die eine erhebliche Nebervorteilung der Käufer darstellen. Schweinehälften zu verkaufen bringt den meisten Gewinn, deshalb wird möglichst viel zu Schnitzel zurecht geschnitten.

Die Bezeichnung „Suppenfleisch“ ist sehr dehnbar und jeder kann sich darunter denken, was er will. Nach der festgesetzten Einteilung bleibt als Suppenfleisch nur noch der Hals und die Hesse, letztere wird wohl viel als schieres Fleisch mitverkauft werden.

Gestern schloß es in Berlin und vielen Vororten fast überall an Rindfleisch. Viele Läden waren geschlossen und es war kaum irgendwo Fleisch zu haben.

Immer mehr zeigt sich, daß der Fleischverkauf aus den Händen Privater genommen werden muß. Die Einrichtung städtischer Fleischereien scheint je länger je mehr eine dringende Notwendigkeit, zumal auch die Behandlung des Publikums durch die Fleischer sehr viel zu wünschen übrig läßt.

Die Friseur- und die zweiten Feiertage.

Die Sonn- und Feiertage sind für die Friseurgeschäfte Hauptgeschäftstage. Vor 2 Uhr nachmittags haben sie an keinem einzigen Sonn- und Feiertag Arbeitstraße. Da nun aber die zweiten Tage der Doppel-Feiertage — Ostermontag, Pfingstmontag und der zweite Weihnachtstag sowie die übrigen in die Woche fallenden Feiertage — geschäftlich ziemlich unbedeutend sind, ging die Gehilfenorganisation nach Einführung des § 41b der Gewerbeordnung im Jahre 1901 alsbald dazu über, die Freigabe dieser Tage und den völligen Geschäftsstillstand an diesen Tagen zu erwirken.

In einigen wenigen Städten bleibt an den ersten Feiertagen geschlossen. Die zweiten Feiertage sind jedoch in geschäftlicher Beziehung als Ruhetage besser und auch insofern, weil sie eine längere ununterbrochene Ruhezeit bieten.

Die Sache der Friseurgehilfen, wie auch die der einschüchteren Geschäftsinhaber in den Vororten zu unterstützen, richtet die Gehilfenorganisation wiederum an die Berliner Arbeiterschaft insbesondere, wie an die Kundenschaft der Friseurgeschäfte in allgemeinen die dringende Bitte, am zweiten Osterfeiertag kein Barbier- und Friseurgeschäft in Anspruch zu nehmen!

Am Charfreitag und Osterfestabend findet keine juristische Sprechstunde statt. Die nächste Sprechstunde wird am Dienstag, den 25. April, von 1 bis 7 Uhr abgehalten.

Sturm-Warnungsdienst auf dem Müggelsee.

Die Rettungsgesellschaft der Wasser-Sportvereine von Berlin und Umgegend hat bisher in jedem Sommer auf dem Großen Wannensee und auf dem Müggelsee eine Rettungsstation unterhalten, durch die bisher etwa 160 Menschenleben vom Tode des Ertrinkens gerettet wurden.

Am Charfreitag und Osterfestabend findet keine juristische Sprechstunde statt. Die nächste Sprechstunde wird am Dienstag, den 25. April, von 1 bis 7 Uhr abgehalten.

Zur Kriegsentslassenfürsorge.

Die Sorge, wie nach dem Kriege den heimkehrenden Kriegsteilnehmern wieder Arbeit und Brot verschafft werden soll, hat schon

seit längerer Zeit die Arbeiterorganisationen beschäftigt. Jetzt rufen sich auch die Privatangestellten und fordern für die Zeit des Ueberganges vom Kriegsdienst zur Friedensarbeit öffentliche Hilfe bei dem Wiederaufbau ihrer wirtschaftlichen Existenz.

Was für sie zu tun sei, sagt eine vom „Bund der technischen-industriellen Beamten“ dem Bundesrat und Reichstag überreichte Denkschrift. Sie schlägt „soziale Demobilisierungsmassnahmen“ vor, um den aus dem Felde heimkehrenden Privatangestellten den Wiedereintritt in das Erwerbsleben zu erleichtern und sie in der Uebergangszeit vor Not zu schützen.

Die Denkschrift zeigt im einzelnen noch genauer, wie alle diese Vorschläge durchzuführen wären. Bei gutem Willen und energischem Bemühen lasse die Aufgabe, den heimkehrenden Privatangestellten eine Zeit der Sorgen und Entbehrungen zu ersparen, sich bis zu einem sehr weiten Grade lösen.

Die Berliner Markthallen

sind sowohl am Karfreitag als auch an den beiden Osterfeiertagen nur in der Zeit von morgens 7—9 Uhr für den Kleinverkauf geöffnet. Der Verkauf muß mit dem Glockenschlage 9 eingestellt werden, ein „zu Ende Bedienen“ ist nicht gestattet.

Schweinefleischerei und Landesversicherungsanstalt Berlin. Die Landesversicherungsanstalt Berlin wird zur Selbstherzeugung von Schlachtvieh übergehen und eine eigene Schweinefleischerei errichten, die sie im Anschluß an die Veeliger Heilstätten betreiben will.

Klagen über Brotkommissionen. Ueber einzelne Brotkommissionen wird in Berlin anscheinend mit Recht geklagt. Von der 7. wurde uns gestern mehrfach wieder berichtet, daß sie Hausfrauen früh fortgeschickt hat, die Fleischkarten haben wollten.

Der Sacrower See bei Potsdam

ist eines der eigenartigsten Gewässer in der Mark. Der See ist Privateigentum, steht jedoch unter staatlicher Aufsicht und der Fiskus ist sein Verwalter. Das Befahren des Sees mit Sportbooten ist nur gestattet, wenn eine jährliche Gebühr von 20 M. für jedes Boot bezahlt worden ist.

Einen vermeintlichen Goldfund machte gestern ein Tiergärtnerarbeiter an der kleinen Lucralsee. Als er dort Pflanzlöcher für Sträucher ausgab, stieß er in Epantiefen auf ein sorgfältig zugeriebtes und wohlverpacktes Paket, das sechs Herrenmützen enthielt, die glänzten wie blankes Gold.

Das Verschwinden eines wohlhabenden Greises beschäftigt die Kriminalpolizei. Der 74 Jahre alte Renner August Kadeböhler aus der Bellevuestraße in Petershagen an der Ostbahn, ein Mann, der in sehr guten Verhältnissen lebte, hielt sich seit dem 15. Dezember v. J. zum Besuch bei seiner Tochter Frau Winkelmann in der Boddinstraße 6 zu Rucklitz auf.

wollenes Vorhemd. Etwaige Mittelungen über seinen Verbleib sind an die Kriminalpolizei in Neukölln zu richten.

Von einem Automobil überfahren und getötet.

Das Opfer eines Straßenunfalles ist am gestrigen Donnerstag nachmittag eine ältere, offenbar den ersten Gesellschaftskreisen angehörende Dame geworden. Als diese gegen 1/4 Uhr nachmittags am Kaffeehaus „Waterland“ am Potsdamer Platz den Fußweg der Königsgrabenstraße überqueren wollte, wurde sie von einer Strahlmaschine angefahren, zu Boden gerissen und überfahren. Die Verunglückte wurde nach der nahen Unfallstation in der Eichhornstraße gebracht, wo jedoch nur noch der bereits eingetretene Tod festgestellt werden konnte, der auf einen Schädelbruch und innere Verletzungen zurückzuführen ist. Die Persönlichkeit der Toten konnte bisher noch nicht ermittelt werden. Die Verstorbenen trug eleganten schwarzen Tuchrock, schwarze Bluse, schwarzes Jackett und Halbhüte. Ihre Wäsche ist A. v. K. gezeichnet; das gleiche Monogramm trägt die Emattlenne, die außerdem noch die Freiherrenkrone zeigt. Die Leiche der Verunglückten ist beschlagnahmt und nach dem Schauhaus gebracht worden.

Der Botanische Garten in Dahlem wird am Karfreitag sowie auch am 1. Osterfeiertag nachmittags von 2-7 Uhr, die Gewächshäuser von 2-6 Uhr zum unentgeltlichen Besuch geöffnet sein. Das Botanische Museum ist am 1. Osterfeiertag von 11-3 Uhr bei freiem Eintritt geöffnet. Am 2. Osterfeiertag bleiben Garten und Museum gänzlich geschlossen.

Die Linie 52 der Großen Berliner Straßenbahn verkehrt in Abweichung von dem bisherigen Fahrplan vom Osterionnabend ab an den Werktagen ab Danziger Straße um 10, 25, 40, 55, ab Wilmersdorf, Wilhelmstraße, um 4, 19, 34, 49 Minuten nach der vollen Stunde.

Osterkonzerte. Der Männergesangsverein „Kreuzberger Harmonie“ veranstaltet am Osterionntag im Festsale der Neuen Philharmonie, Köpenicker Str. 96/97, zum Besten der im Felde stehenden Mitglieder ein Konzert. Anfang 6 1/2 Uhr. Einlasskarten zu 50 Pf. sind im Vorverkauf zu haben. Abendlosse findet nicht statt.

Der Sängerkor „Wedding“ (R. v. D. A. S. V., Gau Berlin) veranstaltet am Sonntag, dem ersten Osterfeiertag, abends 8 Uhr, in den Germania-Bruderschaften, Chausseestraße 110, ein Konzert. Der Verein hat sich Mühe gegeben, tüchtige Solokräfte zur Mitwirkung heranzuziehen, und ladet alle Freunde und Gönner dazu ein.

Aus den Gemeinden.

Charlottenburger Stadtverordnetenversammlung.

In der Sitzung der Charlottenburger Stadtverordnetenversammlung vom Mittwoch wurde zunächst der neugewählte Stadtrat Ehrens, in dessen Person der erste Sozialdemokrat in den Magistrat einzieht, auf sein neues Amt verpflichtet. Oberbürgermeister Scholz wies in seiner Begrüßungsrede darauf hin, daß Stadtverordneter Ehrens als langjähriger Leiter der Ortskrankenkasse im besten Sinne des Wortes praktische Sozialpolitik getrieben

habe und daß seine Erfahrungen nunmehr der Gesamtheit zum Nutzen gereichen würden. Die Bestätigung eines Sozialdemokraten sei ein bedeutungsvolles Zeichen der großen Zeit, in der wir leben. Kechnlich äußerte sich der Stadtoberordneter, der der Hoffnung Ausdruck gab, daß die Regierung an dem jetzt von ihr eingenommenen Standpunkt in der Bestätigungsfrage für alle Zeit unbeweglich festhalten werde. Stadtrat Ehrens dankte mit einigen herzlichen Worten und leistete den vorgeschriebenen Staatsdienereid.

Die Erledigung der auf der Tagesordnung stehenden Vorlagen nahm nur kurze Zeit in Anspruch. Ohne Debatte erklärte sich die Versammlung damit einverstanden, daß auch in diesem Jahre zwecks Sicherstellung des kommunalen Budgets der Kriegsteilnehmer von der Aufstellung und Auslegung der Gemeindevorläuferliste Abstand genommen wird. Für etwa notwendig werdende Ersatzwahlen soll die Liste des Jahres 1914 maßgebend sein. Die Vorlagen betreffend Nachbewilligungen beim Etat der Krankenanstalten und betreffend den Normalbesoldungsplan für die in den städtischen Krankenhäusern beschäftigten Hebammen gelangte ohne Widerspruch zur Annahme, während zwei weitere Vorlagen betreffend Ausgestaltung des Hygiene V in Bestand zu einer Oberrealschule und betreffend Gewährung von besonderen Entschädigungen an die Gesellschaft „Dreiteilung“ für die Wollfabrik besonderen Ausschüssen zur Vorberatung überwiesen wurden.

Teuerungszulagen in Neukölln.

Den verheirateten Beamten, Bediensteten und Lehrpersonen an den höheren, mittleren und Gemeindegemeinschaften Neuköllns mit einem Gehaltsjahre bis zu 3000 M. soll auf Beschluß der Kriegswirtschaftskommission vom 1. März d. J. ab eine monatliche Teuerungszulage von 14 M., steigend um je 2 M. für jedes Kind bis zum vollendeten 16. Jahre für die Dauer des Krieges gewährt werden. Hinsichtlich der Regelung der Teuerungszulagen für diejenigen Kategorien mit einem Einkommen von über 3000 M. sind die Beratungen noch nicht abgeschlossen. Für die städtischen Arbeiter wird bereits seit 1. Oktober vorigen Jahres eine Teuerungszulage von 50 Pf. pro Tag gewährt.

Kartoffelverkauf in Nowatwed.

Die Kriegsfürsorgekommission macht bekannt, daß Speisekartoffeln jetzt so reichlich vorhanden sind, daß die Einwohner vom Sonntag, dem 23. April, ab bis auf weiteres jede gewünschte Menge erhalten können. Die Abgabe erfolgt jedoch nur gegen Vorzeigung der Kartoffelkarte. Weitergabe der Kartoffeln über die Grenzen der Gemeinde hinaus wird mit Strafe bedroht.

Verkauf von Schweinefleisch. Den örtlichen Schlächtermeistern sowie den Verkaufsstellen der Gemeinde (Wäckerstr. 2, Priesterstraße 27 und Hlandstr. 5) ist von der Gemeinde für Sonnabend, den 22. April, eine größere Menge Schweinefleisch zum Verkauf überwiesen worden. Auf das Mittelfleisch der für die Woche vom 24. bis 30. April gültigen Brotkarte wird 1/2 Pfund verabfolgt. Der Verkäufer muß auf dem vorgezeigten Kartenausschnitt durch Stempel oder sonstige Vermerke, daß auf ihn Schweinefleisch verkauft worden ist.

Gemeindevertreterwahl-Ergebnis in Petershagen.

In der dritten Wählerklasse erhielt Genosse Gustav Uffenwaff 44, der Gegner, Eisenbahnangestellter Ziegenhagen 27 Stimmen; ersterer ist somit gewählt. In der zweiten Abteilung wurde Privatier Heinrich Racker durch sozialdemokratische Unterstützung mit 40 Stimmen gewählt. Ein Gegenkandidat war nicht aufgestellt. Die erste Abteilung wählte mit 17 Stimmen den früheren Gemeindevorsteher Privatier Franz Körber, der Gegner, Bauer Richard Bugge erhielt 9 Stimmen.

Ziegenanfang durch die Gemeinde Weissenfee.

Der Gemeindevorstand beabsichtigt circa 60 Milchziegen durch Vermittlung der Landwirtschaftskammer anzulassen und diese dann zum Selbstkostenpreis an Pächtern abzugeben. Solche Pächtern, die den vorausgelegten Betrag mit einem Male nicht zahlen können, werden Teilzahlungen in monatlichen oder wöchentlichen Raten gestattet. Man hofft dadurch die Milchknappheit zu lindern.

Charlottenburger Schulzahnklinik.

In der städtischen Schulzahnklinik in Charlottenburg sind im ersten Vierteljahr 1916 4244 Kinder (1912 Knaben und 2332 Mädchen) behandelt worden, von denen 125 (60 Knaben und 65 Mädchen) der Klein- und Kinderfürsorge unterliegen. Es wurden circa 4129 Zähne gefüllt, 2964 Zähne gezogen und bei 539 Zähnen wurde der Nerv getötet.

Jugendveranstaltungen.

Bantow. Karfreitag bleibt das Jugendheim geschlossen. Am 1. und 2. Osterfeiertag findet eine Zweitage-Wanderung nach Dannewalde, Breidische, Dimmelsort, Fürstberg, Templin statt. Treffpunkt 1/2 Uhr, Bahnhof Bantow-Nordbahn. Fahrpreis 3 M. Ferner ist für Montag, den 24. April 1916, eine Spielpartie nach Hennigsdorf vorgesehen. Treffpunkt 9 Uhr im Heim. Abfahrt des Zuges 9.30 Uhr.

Friedrichshagen. Zweitägige Osterwanderung: Dangelberg - Raueniche Berge - Schornsteins - Stolton - Dangelberg. Treffpunkt am 1. Osterfeiertag früh 6 1/2 Uhr am Bahnhof, Abfahrt 6.35. Proviant für zwei Tage, Federn und Kleiderstücke sind mitzubringen. Kosten circa 3 M. - Für diejenigen, die diese Wanderung nicht mitmachen können, findet am 2. Osterfeiertag ein Nachmittagsausflug nach Schminz statt. Treffpunkt 1 Uhr an der Fähre. Bei günstiger Witterung bleibt das Heim an beiden Feiertagen geschlossen.

Der Turnverein Oberspre (R. v. U. L. S., Oberspre) veranstaltet am 1. Osterfeiertag, abends 7 Uhr, im großen Saal des Restaurants Wilhelmshof, ein Osterfest. Der Ueberzug ist für die im Felde stehenden Turngenossen bestimmt.

Eingegangene Druckschriften.

Das vergnügte Büchel. Von F. Kromarius. 2 B. - G. D. W. Götting, München.
Des Herrn Vepi Huber Kriegserlebnisse. Herausgegeben von H. Saager. 149 S. - G. Müller, München.
Mimantor. Naurisches Drama von G. Schwinge. 111 S. - Verlag Gollas, Berlin NW. 23.
Verhandlungen des Vorstandes des Kolonial-Wirtschaftlichen Komitees. 4916 Nr. 1. 57 S. - Deutsche Kolonialgesellschaft, Berlin, Pariser Platz 7.
Juristische Wochenschrift. 45. Jahrg. Nr. 8. Herausgegeben vom Deutschen Anwaltsverein. Jährlich 20 B. - W. Köfer, Berlin S. 14.

Todes-Anzeigen

Sozialdemokratischer Wahlverein Charlottenburg.

Den Genossen zur Nachricht, daß unsere Genossin

Elise Otto geb. Warlitz,

Kaiserin-Augusta-Allee 42, am 17. April 1916 im Alter von 82 Jahren plötzlich am Herzschlag verstorben ist.

Die Beerdigung findet morgen Sonnabend, den 22. April, mittags 1 Uhr, auf dem Stahnsdorfer Friedhof statt.

Um recht rege Beteiligung bitte Der Vorstand. 250/3

Deutscher Holzarbeiterverband.

Zahlstelle Berlin-Lichterfelde. Den Mitgliedern zur Nachricht, daß am Montag, den 17. d. M., umier langjähriges Mitglied, der Kollege

Ewald Unger

verstorben ist.

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet heute Freitag, den 21. April, nachmittags 3 Uhr, von der Halle des Carl-Friedhofes in Lichterfelde statt.

85/13 Die Ortsverwaltung.

Allgemeine Kranken- u. Sterbekasse der deutschen Drechsler und deren Berufsgenossen (Ersatzklasse).

Verwaltungsstelle Berlin B.

Am 17. April verstarb unser Mitglied

Oswald Baude

Ehre seinem Andenken! Die Beerdigung findet morgen Sonnabend, den 22. April, nachmittags 4 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des Kreuz-Kirchhofes in Mariendorf aus statt.

30/6

Deutscher Transportarbeiter-Verband.

Bezirksverwaltung Groß-Berlin. Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege, der Stützer

Eduard Hasenstein

am 17. April im Alter von 63 Jahren verstorben ist.

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet heute Freitag, den 21. April, nachmittags 2 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des neuen Kempelhofer Gemeinde-Friedhofes, Germaniastraße, aus statt.

64/3 Die Bezirksverwaltung.

Allen Verwandten und Bekannten die traurige Nachricht,

daß unser jüngerer Sohn, Bruder, Onkel und Schwager, der Tapezierer

Alfred Weiß

84 Jahre alt, Landsturmmann im Landwehr-Infanterie-Reg. Nr. 24, 10. Komp., am 26. März schwer verwundet und am 11. April 1916 seinen Wunden erlegen ist.

Dies zeigen hiermit tiefbetrübt an

August Weiß und Frau (Eltern).

Germann Weiß (Bruder), Frh Brenner (Schwager), Emma Brenner geb. Weiß (Schwester).

Frau Thiele. 184/1

Als Opfer des Weltkrieges fiel

am 26. März mein lieber Mann, unser herzenguter Vater, der Landsturmmann

Gustav Fischer

Landw.-Inf.-Reg. 48, 4. Komp. im 44. Lebensjahre.

In tiefem Schmerz

Frau Luise Fischer und Kinder.

Neukölln, Weichelsdorferstr. 7. Du warst so gut, Du hast's so früh, Vergessen können wir Dich nie.

Am 29. Geburtstag

gewidmet meinem innigsten Mann, dem Geliebten

Karl Faust

gestorben 8. 8. 1915.

Wenn einst die Glocken werden klingen zum Abschied dann nach blutigem Streit, Du, Geliebter werden keine klingen, Du ruhst im Feindesland, so weit. Wie manchen wird mit mir das Herz brechen, wenn unsere Krieger einstens gehen in die Heimat ein, und Dich, Geliebter, in jenen Reihen nicht zu wissen; wie weh wird mir zumute sein.

So schlaß denn wohl, Du Hebes Herz, Du hast den Frieden, ich den Schmerz.

In schmerzlichem Bedenken 194/1

Deine Anna.

Herr August Götz.

Derselbe hat in über 37-jähriger Tätigkeit in allertruhester Weise und mit unermüdlichem Fleiß meiner Firma gedient und stets das bestmögliche Geschäftsergebnis erzielt. Ich werde ihm dauernd ein dankbares Andenken bewahren.

Alfred Steinberg

i. Pa. Otto Blumenthal.

Dankagung.

Allen, die unsern lieben Sohn, Bräutigam, Bruder, Schwager, Schwägerin die letzte Ehre erwiesen haben, herzlichen Dank.

Karl Heßte und Frau nebst Angehörigen.

Für Feldsoldaten!

Deutsch-Polnisch 15 Pf.

Deutsch-Französisch 15 Pf.

Dunkelblau Tinte.

Nur für Herren

und Jünglinge, welche sich billigen kleiden wollen, empfehlen wir vorjähr. Herrenanzüge aus feinsten Maßstoffen M. 13-45, Paletots M. 14-38, Hosens M. 6-12, Gehrockanzüge, Jünglingsanzüge, Paletots sehr preiswert.

Deutsches Garderobehaus Große Frankfurter Str. 115 I.

Oster-Angebote!!!
Sonntag, 1. Feiertag, geschlossen! Karfreitag von 12-2 Uhr geöffnet! 2. Feiertag 12-2 Uhr geöffnet!
Wirklich gelagene Stoffe
Fesche Formaten (keine Dutzendware)
Fesche Koverkotmäntel
kors, halblang, lang, ungefüllt, auch mit Seide, grünliche, mode Töne, darunter prächtige Herrenstoffe, glatt, mit Steppereien, auch Fantasieformen, lose Glockenformen (keine Dutzendware)
65,- 58,- 49,- 36,- 28,- 19,- 15,-
Praktische Gummimäntel
mit passender Kappe, blau, grün, mode, kastanienbraun, aus Popeline, Kammgarn, Kaschmir, Seide, bis zu d. weitesten Größen, prächtige Gummierung, 65,- 45,- 36,- 29,- 22,- 18,-
Herrenmännchen, auch für Offiziere und Mannschaften, 50,- 38,- 29,- 21,- 20,-
Bettzeidengummimäntel, ges. geschützt, Ersatz für Gummi, in prachtvollen Farben, fesche Formen, blau, grün, braun, mode, gold, 65,- 56,- 48,- 45,- 41,-
Kintokende Modell-Kostüme
reizende Formen, jugendliche Schnitte, Glockenformen mit recht weiten Böden (keine Dutzendware), Ersatz für Maßwerkstättenarbeiten, auch gediegene glatte Formen, beste Stoffe, Kammgarn, Seide, Tuch, Kolonnen, auch
Bastischkostüme 150,- 120,- 98,- 76,- 61,- 43,- 38,- 28,- 20,- 12,-
Modell-Röcke, Tafel, Kammgarn, Fantasiestoffe, 30,- 25,- 18,-
Garnierte Kleider 75,- 50,- 35,-
Winter-Angebote!
Püschmäntel la mit Pelz 150,- 120,- 100,- glatte Püschmäntel 55,- 65,- 30,- 29,-
Wollplüsch u. Astrachanmäntel 75,- 65,- 68,- 60,- Pelzmäntel, wanderbarer
Pelzmantel, Nera mit Hermelin 500,- la Fohlenmantel mit echtem
Lis 250,- kurze Pelzjackets 100,- 75,- 50,- Ulster, wunderbare, weiche Qualitäten, 80,- 38,- 28,- 18,- 12 1/2
Lodenmäntel 30,- 20,- 18,- Lodenpaletots 15,-, Lodenkostüme 45,- 38,- 27,-
I. Geschlitz, Mohrenstraße 5/a (Kolonnaden)
Für stärkste Figuren Passendes in all. Abteil.
II. Geschlitz Gr. Frankfurter Str. 115 (nahe Andreasstr.)
Rabatmarken der Konsumgenossenschaft Berlin und Umgegend

Neue fertige Herren =
Ueberzieher u. Mäntel 30, 36, 39, 45-90 M. | Röcke und Westen 35⁰⁰, 42⁰⁰, 64⁰⁰ M.
Elegante Anzüge 33, 39, 45, 54-65 M. | Beinkleider 8⁵⁰, 8⁰⁰, 10⁵⁰, 12⁵⁰, 15-21⁰⁰ M.
Alle Weiten vorrätig. Gute Abarbeitung, vorzügliche Paßformen
Neu aufgenommen: Fesche Jünglings-Anzüge
moderne Sportformen, erstklassiger Sitz und Ausführung
ganz außergewöhnlich preiswert 276/6
R. Landsberger G. m. b. H., Friedrichstraße 108
Ecke Johannisstraße, gegenüber der Karlstraße. - Sonntag geschlossen.

Flechten

aller Art heile ich schnell, restlos und ohne Rückfall. Ausl. 10/10/10. Markmann, Magdeburg 29, Postfach 120.

In freien Stunden

Die Wochenschrift für Arbeiterfamilien

Wöchentlich 1 Heft für 10 Pf.

Möbel-Angebot.

Solche Möbelfirma liefert Spezial-Ein- und Zweizimmer-Einrichtungen sowie Einzelmöbel gegen mäßige Jüngervergütung bei keiner Anzahlung und geringen monatlichen Ratenzahlungen. Offerten D. 3 an die Expedition des „Vorwärts“. Keine Kassierer. Größte Kulanz.

Damen-tuche, schwarz u. farbig, Kostüm-Stoffe in Kammgarn, Eolienne, Cheviot usw. Buckskins zu Herren- und Knabengarderobe, Seidenstoffe, Sammete, Futterstoffe all. Art, Besatzartikel

Konfektion

Kostüme, Paletots, Staubmäntel, Jackets, Regen-Paletots und Pelorinen, Kostümröcke, Maßanfertigung unter Garantie für guten Sitz.

C. PELZ Berlin SO Kottbuser Straße 5.

Jeder Arbeiter, jeder Handwerker, jeder praktisch arbeitende Mann

der für seine Arbeit, für seinen Beruf besonders vorteilhaft geeignete Kleidung nötig hat, kauft diese bei der bekannten Firma **Kohnen & Jöring, Arbeitskleidung - Berufskleidung**
Größtes Spezialgeschäft dieser Art
Alexandrerstr. 12 - Rosenthaler Str. 53 - Landberger Allee 148 - Neukölln: Bergstr. 66.